Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 189. Montag, den 15. August 1921. 28. Jahrgang.

Aufhebung der Rheinzollgrenze.

Am Sonnabend hat der Oberste Rat seine letzte Sitzung abgehalten. Nachdem über Oberschlesien die Entscheidung gefallen war — die eine eigentliche Entscheidung allerdings gar nicht ist — blieb den folgenden Sitzungen noch der zweite Hauptpunkt der Verhandlungen zur Beratung, die Frage der Aufhebung der Sanktionen.

Diesen Verhandlungen wohnte Lloyd George nicht mehr bei; aber es ist wahrscheinlich, daß das Kompromiß, auf das man sich schließlich einigte, bereits vor der Abreise Lloyd Georges festgelegt worden war. Daher der verhältnismäßig reibungslose Verlauf der Sitzungen.

Die wirtschaftlichen Sanktionen, also die Rheinzölle, werden aufgehoben; allerdings erst am 15. September und nur nach der Bezahlung der fälligen Goldmilliarde am 31. August. Die militärische Besetzung Düsseldorfs, Essens usw. aber soll vorläufig aufrechterhalten bleiben. Erst im September soll diese Frage endgültig geregelt werden.

Der große Eindruck der Pariser Konferenz ist der, daß sich bei der Entente allmählich eine Vernunft durchringt; die von der ewigen Politik des Druckes und der Gewalt abweichen, und dafür Verständigung und Mäßigung herrschen lassen will.

Paris, 14. August.

Nach der Rede Briands hat der Oberste Rat gestern beschlossen: 1. Die militärischen Sanktionen werden aufrecht erhalten. 2. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden unter folgenden Bedingungen am 15. September aufgehoben: 1. Die am 31. August fällige Rate muß von Deutschland eingelöst werden. 2. Es wird eine interalliierte Dienststelle eröffnet für die Erteilung der Einfuhrbewilligungen der alliierten Produkte im besetzten Gebiet. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden bis zum 15. September aufgehoben. Der Oberste Rat hat eine Einigung über die Frage der Kontrollkommissionen in Deutschland erzielt. Es ist beschlossen worden, daß die Kommissionen dem Vorschlage des Marschalls Fochs gemäß aufrecht erhalten bleiben. Ihre Reduzierung ist ins Auge gefaßt worden. Der Sitz der aeronautischen Kontrollkommission wird von dem interalliierten Militärkomitee in Versailles bestimmt werden.

Die letzte Sitzung.

TU. Paris, 14. August.

Der Oberste Rat hat gestern nachmittag um 3½ Uhr seine letzte Sitzung abgehalten. Er beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Kosten der Besatzungstruppen. Mehrere Delegierte sprachen gegen die hohen Kosten der Besatzungstruppen. Es ist beschlossen worden, eine Studienkommission einzusetzen, die die Frage der Verminderung der Kosten prüfen soll. Sodann beschäftigte sich der Rat mit der Frage der Sanktionen. Briand hielt einen längeren Vortrag, in dem er an seine Erklärung in London am 9. März erinnerte. Er erklärte schließlich, daß die französische Regierung die Aufhebung der Sanktionen unter gewissen Reserven vorschlage. Was die militärischen Sanktionen betrifft, so erklärte Briand, daß die Stunde noch nicht gekommen sei, um sie aufzuheben. Diese Stunde werde erst kommen, wenn Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfülle und wenn es die Aufgaben der Kommissionen erleichtern werde, die beauftragt sind, seine Entwaffnung zu überwachen. Lord Curzon dagegen vertrat den Standpunkt, daß alle Sanktionen aufgehoben werden müßten und insbesondere die Besetzung der drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Er betonte den verletzenden Umstand, den die Besetzung dieser Städte für Deutschland bedeute, sowie die hohen Kosten, die sie verursache. Briand erwiderte, die französische Regierung habe keineswegs die Absicht, die Besetzung zu verlängern, aber man dürfe die Bedingungen nicht vergessen, unter denen die Besetzung beschlossen worden sei, das heißt, die Nicht-Ausführung des Versailler Vertrages. Er fügte hinzu, daß die deutsche Regierung seither ihren Standpunkt geändert habe und daß man sich daher in einer veränderten Lage befinden könnte. Es ist wahrscheinlich, daß die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen in einer der nächsten Sitzungen des Obersten Rates erneut besprochen werden wird. Auf den Antrag von Briand wurde schließlich folgende Entschließung angenommen: „Der Oberste Rat legt bei Beendigung seiner Tagung Wert darauf, erneut das enge Einvernehmen der Alliierten zu bekunden, das für den Frieden der Welt unentbehrlich ist." Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen. Der amerikanische Delegierte Harvey hat die Entschließung ebenfalls angenommen. Die Sitzung des Obersten Rates war um 8,15 Uhr zu Ende.

Paris, 15. August.

Außer der bedingten Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen bis zum 15. September hat der Oberste Rat gestern noch beschlossen: Es wird eine interalliierte Dienststelle eröffnet für die Erteilung der Einfuhrbewilligungen der alliierten Produkte im besetzten Gebiet. Der Oberste Rat hat eine Einigung über die Frage der Kontrollkommissionen in Deutschland erzielt. Es ist beschlossen worden, daß diese Kommissionen, dem Vorschlage des Marschall Foch gemäß, aufrechterhalten bleiben. Ihre Reduzierung ist ins Auge gefaßt worden. Der Sitz der aeronautischen Kontrollkommission wird von dem interalliierten militärischen Komitee in Versailles bestimmt werden.

Briand für Aufhebung der Ruhrbesetzung.

Paris, 15. August.

Briand erklärte in der Schlußsitzung des Obersten Rates, daß Frankreich auf eine dauernde Besetzung der Ruhrstädte nicht bestehe, sondern auf der nächsten Tagung des Obersten Rates den Antrag einbringen wolle, daß sie aufgehoben werde.

Eine neue Tagung des Obersten Rates.

Paris, 15. August.

Anfang September wird eine Tagung des Obersten Rates in London stattfinden. Auf dieser Tagung wird die Zurückführung der französischen Truppen aus dem Abschnitt von Düsseldorf beschlossen werden.

An die Oberschlesier.

TU. Berlin, 15. August.

Der Oberste Rat hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris unterm 13. ds. Mts. das nachstehende Schreiben übersandt:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten, welche die Fortsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen bieten, hat der Oberste Rat die Entscheidung, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Artikel 88 des Vertrages von Versailles obliegt, vertagt. Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Obrschlesiens die Gesinnung zu würdigen wissen wird, die ihm dazu geführt hat, eine überstürzte Lösung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Aufschub so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der Interalliierten Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiet, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, geeignete Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen im Abstimmungsgebiet zu fördern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden streng unterbindet.

gez. Briand."

Halbamtlich wird dazu geschrieben: „Die Note des Obersten Rates stellt leider fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien erneut verschoben wird. Was die Ermahnung an die deutsche Regierung anbelangt, so ist diese bekanntlich stets bemüht gewesen, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Lediglich durch polnische Umtriebe und Gewaltakte ist die Ruhe in Oberschlesien gestört worden."

Völkerbundssitzung Ende August in Genf.

Paris, 15. August.

Der Präsident des Völkerbundrates, Graf Ishiy, hat sich mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf in Verbindung gesetzt, um das Datum und den Ort der nächsten Tagung des Völkerbundrates zu bestimmen. Zunächst war von Paris die Rede gewesen, wahrscheinlich aber wird die Wahl auf Genf fallen. Graf Ishiy hat weiter dem Wunsche Ausdruck gegeben, zuvor noch einige seiner Kollegen im Völkerbundsrat zu befragen, von denen sich die meisten aber gegenwärtig in den Ferien befinden. Aus all diesen Gründen kann der Völkerbundrat nicht vor Montag, den 22. August zusammenkommen, welcher Tag als das wahrscheinlichste Datum gilt.

Neben der Pariser Entscheidung.

Von unserem oberschlesischen Korrespondenten.

A. K. **Beuthen, 13. August.**

Während in Paris wieder einmal die Entscheidung über unser Schicksal verschoben worden ist, beschäftigen sich hier viele mit einer anderen Frage: Wird man, wie auch die Entscheidung fallen mag, die Ruhe im Lande aufrecht erhalten können? Es herrscht ja jetzt endlich einige Ruhe im Lande. Kleine Beunruhigungsversuche von seiten der Insurgenten nimmt man eben hin; aber wichtiger ist, daß Korfantys geplantes Unternehmen dank ausländischem Druck beizeiten abgestockt worden ist. Die Aufstandsarmeee muß wider Willen auf neue Taten und Untaten verzichten.

Immerhin bleibt diese Drohung bestehen und die Gefahr hat an Bedeutung nichts verloren. Aber die Putschstimmung im Lande selbst, unter dem polnischgesinnten Bevölkerungsteil, ist neuerdings ganz erheblich abgeflaut. Die rührigen Bestrebungen des polnischen Zentralverbandes der Bergarbeiter, mit einem Generalstreik von innen heraus den Aufstand ins Werk zu setzen, können zurzeit als mißlungen betrachtet werden. Vielleicht läßt die mangelhafte Entlohnung der Insurgenten mit der wertlosen Polenmark den polnischgesinnten Arbeitern das Unternehmen als ein schlechtes Geschäft erscheinen; vielleicht, und das ist wahrscheinlicher, wirkt das allgemeine Ruhebedürfnis. Es ist keine Stimmungsmache, wenn wir feststellen, daß die Stimmnug unter den polnisch orientierten Einheimischen sich jetzt immer mehr in deutschem Sinne ändert. Betriebsratswahlen an Orten mit ausgesprochen polnischer Abstimmungsmehrheit, wie z. B. auf Ferdinandsgrube und in Knurow, haben überraschenderweise starke deutsche Mehrheiten ergeben. Das Zusammenleben der beiden Elemente innerhalb der Arbeiterschaft beginnt immer friedlicher zu werden; und wo es Zusammenstöße gibt, sind sie auf das Konto der bezahlten Unruhestifter zu setzen, der fremden Agitatoren Korfantys. Aus dieser Entwicklung läßt sich die Folgerung ziehen, daß die Beunruhigung nach erfolgtem Pariser Spruch — sei er nun ein Definitivum oder ein Provisorium — weit mehr non außen als von innen droht. Dadurch aber beginnt Warschau ein überaus wichtiger Faktor zu werden! Warschau, nicht Berlin. Wir haben die Gewißheit, daß von deutscher Seite gegen den Pariser Spruch nichts unternommen werden wird; die Loyalität der Berliner Regierung und aller maßgebenden reichsdeutschen Instanzen steht nunmehr ebenso fest, wie die der deutschgesinnten Oberschlesier. Dagegen fehlt aber von Warschau her nach wie vor jede Garantie. Die polnische Regierung schweigt darüber, ob sie sich dem Obersten Rat fügen wird oder ob sie, wie früher, den nationalen Leidenschaften die Zügel schießen lassen wird. Die polnische Regierung braucht nur „neutral" zu bleiben — und das Komplott Briands-Korfanty tritt in Aktion, als vierter Aufstand mit unabsehbaren Folgen. Die polnische Regierung hat es andererseits in der Hand, auf die Insurgenten zu drücken, ihnen die Aufmarschbasis zu entziehen, den längst allzu mächtig Gewordenen die starke Faust zu zeigen. Wer eine solche Möglichkeit wie die letztere als weltfremde Utopie belächelt, dem halten wir unsere seinerzeit begründete Ansicht entgegen, daß der eigentliche Antrieb der Putschversuche längst nicht mehr in Warschau zu suchen ist.

Herr Witos und seine verantwortlichen Mitarbeiter stehen jetzt endgültig vor der Frage, ob sie weiter eine Politik der Kriegspsychose treiben, oder eine solche der wirtschaftlichen Verständigung anbahnen wollen. Die polnischen Minister wissen sehr wohl, daß alle Erwerbungen in Oberschlesien für sie vorderhand nur ein schlechtes Geschäft bedeuten, daß dadurch die Wirtschaftskatastrophe des Polenstaates nicht aufgehalten werden kann. Sie wissen auch, daß sie die Neuerwerbungen pekuniär nicht ausnutzen können, sondern daß der Vorteil einzig und allein den französischen Bundesgenossen anheim fällt. Sie haben bisher auf wirtschaftlichem Gebiet mit der französischen „Hilfe" nicht allzu gute Erfahrungen gemacht. Die moralische und militärische Unterstützung der Franzosen hat ihnen finanziell so gut wie nichts geholfen. Dagegen weist sie das dringendste Lebensinteresse immer gebieterischer auf die **wirtschaftliche Verständigung mit dem deutschen Reich.** Nur ein Handelsvertrag und ein geregelter Warenaustausch mit dem Nachbar, nur das Ende der deutschen Wirtschaftssperre, nur deutsche Kredite können den Finanzkrach beenden. Der anormale Zwischenzustand der letzten Monate, der Schmuggel über Danzig, schädigt Polen noch weit mehr als Deutschland.

Die hauptsächlichste Voraussetzung einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung ist freilich die Warschauer Garantie dafür, daß die Ruhe in Oberschlesien nicht mehr von polnischer Seite gestört wird, daß die friedliche Produktion im Industrierevier gesichert bleibt. Und so liegen letzten Endes die eigentlichen praktischen Interessen von Oberschlesien, Polen und dem Reiche auf einem und demselben Wege. Dieser Weg aber führt nicht direkt über Paris, sondern sozusagen nebenher. Er wird gebahnt werden müssen, gleichgültig, was in Paris beschlossen werden mag. Der gute Wille dazu, ihn zu beschreiten, ist in Berlin und in Oberschlesien vorhanden.

Wo stehen wir?

Als vor einigen Monaten in der sozialistischen Presse die Diskussion über die Einigung angeschnitten wurde, waren manche Optimisten der Ueberzeugung, daß die formale Vollziehug der Einigung nur noch eine Frage der kürzesten Zeit sei. Inzwischen ist es in der Presse stiller geworden, und Pessimisten beginnen zu verzweifeln. Diese Auffassung ist grundverkehrt. Sie muß ebenso bekämpft werden, wie jeder vorschnelle Optimismus, der beim ersten Keimen der Frühlingssaat alle Blütenträume reifen sieht. Eduard Bernstein sagte einmal zur Einigungsdiskussion, die Verschmelzung der Arbeiterklasse sei so vorsichtig vorzunehmen und so zart zu behandeln, wie eine Pflanze gehütet werden müsse.

Wenn der schriftliche Gedankenaustausch gegenwärtig stiller geworden ist, so ist darin kein schlimmes Symptom zu erblicken. Beide Parteien haben ihre Meinung gesagt, beiden muß nun die Möglichkeit gegeben werden, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen. Auch in positiver Hinsicht ist doch gerade in den letzten Monaten manches erfolgt, was als Zeichen des beginnenden Gesundungsprozesses nicht unterschätzt werden darf. In einigen Stadtverordnetenversammlungen bildeten sich sozialistische Arbeitsgemeinschaften, die zum Teil sogar die kommunistischen Vertreter umfaßten, im Reichstag fanden sich die beiden sozialdemokratischen Parteien in entscheidenden Fragen zu gemeinsamer Aktion zusammen, so bei der Beratung über die Arbeitslosigkeit usw. Daß dies noch nicht zu einer formalen Vereinigung in Form einer Arbeitsgemeinschaft oder dergleichen geführt hat, ist nicht zu verwundern; hierzu sind die Risse zu tief, die fünf Jahre Trennung zwischen beiden Parteien aufgeworfen haben.

Man denke in diesem Zusammenhang an die Schlachten, die sich in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Lassaleaner und die Eisenacher lieferten. Wer die Berichte jener Zeiten nachliest, der weiß, welch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden waren, bis es endlich im Jahre 1875 zu dem Einigungskongreß von Gotha kam. Wir alle hoffen — und die gewaltige Mehrzahl der Unabhängigen hofft es gleich uns — daß auch für die heute noch feindlichen Brüder ein neues Gotha kommen wird. So lange die gegenwärtige, durch die Besitzverhältnisse geschaffene Klasseneinteilung der Menschen in Bürger und Proletarier besteht, ist eine Spaltung des Proletariats untereinander ein innerer Widerspruch, ja ein Unsinn.

Was heute die Einigung weit mehr als in der Zeit von Gotha erschwert, das ist das Bestehen der Dritten Arbeiterpartei, die sich zwar ehrlicherweise nicht als sozialistisch bezeichnet, die es aber verstanden hat, gewisse Kreise der Arbeiterschaft anzuziehen. Denkt man an die letzten Vorfälle in Thüringen, so sieht man die gewaltige Gefahr, die die Kommunisten für die proletarische Einigung darstellen. Sie haben längst darauf verzichtet, im Bürgertum den Gegner zu erblicken, sondern sie ziehen es vor, die andersdenkenden Teile der Arbeiterschaft zu zersetzen und auf Kosten der Moskauer Notinternationale das starke Band der Zweiten Internationale zu zerreißen.

Eine weitere Erschwerung für die proletarische Einigung bedeutet die Haltung des Bürgertums. Es weiß, daß es von ihr alles zu befürchten, nichts zu erhoffen hat, und, vielfach geschickter als die Arbeiter, bläst es zum Sammelruf in dem Augenblick, in dem ihm Gefahr zu drohen scheint. Gerade jetzt erfährt man von dem sehnsüchtigen Werben des deutschnationalen Parteiführers Hergt um die deutsche Volkspartei, und wenn diese sich auch im Augenblick noch sperrt und ziert, so wird sie den Lockrufen nicht lange mehr widerstreben. Verfolgte man noch kürzlich den Kampf zwischen den beiden Rechtsparteien, so wurde man an jenes nette Volkslied aus Raimunds „Bauer und Millionär" erinnert, dessen Einleitungszeilen lauten: Brüderlein fein, Brüderlein fein, es muß heut geschieden sein. Der Abschiedsschmerz dürfte beiden Parteien erspart bleiben. Der im Herbst einsetzende Kampf gegen die Arbeiterschaft anläßlich der Steuerberatungen wird sie fester zusammenführen als je.

Zusammenfassend ist zu sagen: die Aussichten für eine Einigung der Arbeiterschaft haben sich in den letzten Monaten keinesfalls verschlechtert, durch die Einstellung der unliebsamen Preßfehden sowie durch verschiedene, hier kurz erwähnte Arbeitsgemeinsamkeiten ein wenig verbessert. Auch künftig wird man die Frage nur mit dem höchsten Takt und der größten Zurückhaltung, wenn auch stets aus inniger Liebe zur Sache behandeln können, falls man wirkliche Erfolge herbeiführen will.

Deutschland im Völkerbundrat?

Paris, 13. August.

Wie „Matin" mitteilt, wird Polen als Mitglied des Völkerbundes bei der Beratung über die oberschlesische Frage jedenfalls mit beratender Stimme zugelassen werden, auch die Zulassung eines deutschen Delegierten wahrscheinlich bestimmt werden. Das Blatt sagt, es sei nicht sicher, daß der Völkerbundrat es übernehmen werde, die Grenzlinie selbst festzusetzen, was er bereits in der albanischen Frage verweigert habe. Man erwarte von ihm aber, daß er in ethnographischer und wirtschaftlicher Beziehung ein begründetes Gutachten abgeben werde, nach dem sich die oberschlesische Grenzlinie von selbst ergeben werde. Einen Augenblick sei daran gedacht worden, die Frage den Vereinigten Staaten zum Schiedsspruch zu überweisen, aber die Haltung von Amerika, das eine Einmischung in diese europäische Frage ablehne, habe dazu geführt, daß dieser Plan fallen gelassen wurde.

Die Finanzministerkonferenz in Paris.

Paris, 14. August. In der gestrigen Sitzung der Finanzministerkonferenz wurde entschieden, daß die Erträge der Saarbergwerke zur Deckung der Besatzungskosten Frankreichs verwendet werden sollen. Man einigte sich dahin, daß die Gesamtkosten der Besatzungen, einschließlich aller militärischen Uebermachungsstellen, jährlich 240 Millionen Goldmark betragen sollen. Für die englischen Soldaten sollen pro Kopf 2 Goldmark täglich mehr gerechnet werden, und zwar wegen der größeren Entfernung Englands von Deutschland. Zwecks Festsetzung der belgischen Kriegsschuld, die Deutschland ersetzen soll, wurde beschlossen, eine Kommission unter Vorsitz des Amerikaners Boyden einzusetzen.

Die russische Katastrophe.

Kopenhagen, 15. August.

Maxim Gorki hat mitgeteilt, daß er Rußland zur Zeit nicht verlassen kann, da dort jeden Augenblick ein Umsturz zu erwarten sei. Er könne sich höchstens auf kurze Zeit zur Erholung nach Finnland begeben.

Nur noch 68 Friseurgeschäfte und 8 Wäschereien in Petersburg.

Helsingfors, 15. August.

Anläßlich der drohenden Seuchengefahr hat die Petersburger Stadtverwaltung eine Revision der städtischen hygienischen Anlagen angeordnet, die folgendes Ergebnis hatte: Der Petersburger Bevölkerung von 800 000 Menschen stehen zur Verfügung: 22 Badeanstalten, 68 Friseursalons mit 257 Friseuren und 8 Wäschereien. Alle diese Einrichtungen sind kommunal. Private Einrichtungen bestehen auf diesem Gebiet nicht mehr. Die Petersburger Stadtverwaltung hat beschlossen, die unentgeldliche Benutzung der städtischen Einrichtungen aufzuheben. Sie hat folgende Preise festgesetzt: Für ein Bad 300 Rubel, für einen Besuch beim Friseur 500 Rubel und für einen Pud gleich 16 kg. Wäsche 8000 Rubel. Die Selbstkosten der städtischen Verwaltung sollen sich dabei auf 20 000 Rubel belaufen. Gleichzeitig wurde auch die freie Straßenbahnfahrt aufgehoben und für Arbeiter ein Fahrpreis von 1000 Rubel und für andere Einwohner von 5000 Rubel festgesetzt.

Die Uebergabe Westungarns.

Wien, 13. August. Der Ausschuß für Aeußeres beharrt darauf, daß Westungarn bis zum 27. d. Mts. unbedingt an Oesterreich übergeben werden muß. Von einem Verzicht auf Oedenburg kann unter keinen Umständen die Rede sein.

Englische Arbeiterpolitik.

Wien, 12. August. („Vorwärts"). Anläßlich des hier tagenden Internationalen Kongresses der organisierten Privatangestellten fand gestern abend in der „Katharinenhalle" eine ungeheuer stark besuchte Versammlung statt, in der der Vorsitzende der Internationalen Transportarbeiter-Federation, Robert Williams (London), u. a. über die Niederlage des Arbeiterdreibundes in England sprach. Um diesen Kampf begreifen zu können, müsse man wissen, daß der Bergarbeiterstreik eine Folge des Diktats von Versailles gewesen ist. Die englischen Arbeiter haben bei den letzten Wahlen die Torheit begangen, anstatt ihre Leute in das Parlament zu senden, Lloyd George und seine Trabanten mit der Führung der Geschäfte Großbritanniens zu betrauen. Infolge der erzwungenen deutschen Kohlenausfuhr nach Frankreich ist die englische Ausfuhr unterbunden und dadurch sind die englischen Bergwerksbesitzer nicht mehr imstande, dieselben Profite zu machen wie vorher. Darumhalten sie versucht, die Löhne herunterzudrücken. Als nun der Bergarbeiterverband die Hilfe des Arbeiterdreibundes in Anspruch nahm, scheiterte diese Aktion an der Zersplitterung der englischen Arbeiterbewegung. Williams sagte: Wir haben Fehler gemacht, die sich bitter an uns rächen! Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß neben der deutschen und der deutschösterreichischen Republik einmal auch eine sozialistische britische Republik stehen werde. (Stürmischer Beifall.) Auch wir wollen unseren König und die Hofgesellschaft davonjagen. — Den anwesenden Kommunisten rief Williams zu, sie mögen nicht vergessen, daß die soziale Revolution ist Westeuropa nicht nach russischem Rezept gemacht werden könne!

Der Todesstoß.

Ein bekanntes schwerindustrielles Berliner Blatt verzapft wieder einmal die deutschnationale Behauptung, daß die Annahme des Ultimatums und die Durchführung der damit entstandenen Wirthschen Steuerabsichten unserer nationalen Produktion den Todesstoß versetze. Die ganze schwarzweiß-rote Propagaeda ist neuerdings auf diese Melodie eingestellt. Damit werden die Dummen gefangen. Deswegen ist es notwendig, immer wieder festzustellen, daß die deutschnationalen Oppositionsschwätzer es bisher peinlich vermieden haben zu sagen, was sie bei einer auf ihren Wunsch erfolgten Ablehnung des Ultimatums weiter getan hätten. Man hat auch noch niemals verraten, auf welche Art man „würdevollere" Politik gegenüber der Entente machen könne. Man weiß eben, wie ein reaktionäres Blatt kürzlich offen zugab, daß man „voraussichtlich auch noch für lange Zeit" in Opposition bleiben wird, deswegen ist es nicht schwer, breitspurig Kritik zu üben. Man weiß, daß man nicht in die Lage kommt, seine Worte verwirklichen zu müssen.

Bayern gegen die Getreideausfuhr.

Solange die Zwangswirtschaft bestand, kämpfte Bayern gegen den „Berliner Sumpf". Jetzt hat es seine freie Wirtschaft. Der Erfolg ist, daß die Brotpreise steigen. In der Zwangswirtschaft hat sich Bayern besonders gut gestanden, indem es, wie uns von glaubhafter Seite versichert wird, **nicht einen Zentner Brotgetreide für die Versorgung Norddeutschlands** zur Ablieferung gebracht hat, obwohl es ein landwirtschaftliches Ueberschußland ist. Nun verbietet der § 42 der neuen Reichsgetreideordnung, daß die einzelnen Länder Ausfuhrverbote für Getreide erlassen, das für andere Teile des Reiches bestimmt ist. Infolgedessen fordert Kahr erneut die Aufhebung dieses Gesetzes, nachdem ihm dieser Wunsch schon einmal abgeschlagen war.

Man kann von der Regierung Kahr nicht verlangen, daß sie noch weniger Reichstreue bekundet. Die Amerikaner schicken den hungernden deutschen Kindern Milch und Kels. Bayern behält sein billiges Brotgetreide lieber für sich.

Verfahren gegen die Kapp-Putschisten.

Das Reichsgerichtsverfahren gegen die am Kapp-Putsch beteiligt gewesenen Personen, darunter gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten von Jagow, scheint nunmehr allmählich in Fluß zu kommen. Vom Präsidenten des Ferien-Strafsenats des Reichsgerichts ist, wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" erfährt, Zustellung der Anklage an die Beschuldigten zwecks Abgabe etwaiger Gegenerklärungen veranlaßt worden. Das Reichsgericht wird, sobald diese Erklärungen eingegangen sein werden, über die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschluß fassen, sobald der Eröffnungsbeschluß ergangen ist, wird der Termin für die Hauptverhandlung angesetzt werden.

Ueber Helden und Heldenverehrung.

Kürzlich teilten wir eine Veröffentlichung des „Leipziger Tageblattes" mit, in der einem der Hauptschreier aus der Redaktion der „Täglichen Rundschau" der Vorwurf der Kriegsdrückebergerei in der schwersten Form gemacht wurde. Mit überraschender Geschwindigkeit meldete sich Herr Schwarzer von der „Täglichen Rundschau" — ohne daß sein Name in jener Publikation genannt worden war — und beteuerte, daß er es nicht gewesen sei. Weiter drohte er, das Leipziger Blatt vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Dieses wird nun deutlicher und veröffentlicht folgende neue Erklärung:

Unser Gewährsmann antwortet: Herr Schwarzer war damals Leitartikler der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten". Eines Tages ließ mir der Herr, den ich bis dahin nicht gesehen und gesprochen hatte, durch das Telephon sagen, ich möchte in einer dringenden persönlichen Sache doch zu ihm auf die Redaktion kommen. Da er meinen Besuch wünschte, nahm ich an, daß diese dringende persönliche Sache mich angehe. Mein Erstaunen war sehr groß, als Herr Schwarzer mir sagte, ich hätte doch Beziehungen zu der Sanitätshundabteilung, **er möchte nicht als Infanterist ins Feld**, ob ich ihn nicht an den Leiter der Abteilung und den Kommerzienrat Stalling empfehlen könnte, **da doch die Gefahr bei den Sanitätshundführern nicht so groß sei.** Ich erwiderte, daß für die Sanitätshundabteilung nur „d.-u."-Leute in Frage kämen; ich wolle es aber versuchen. Von der Bitte des Herrn Schwarzer haben Kenntnis die Sekretärin, zwei Redakteure und der Leiter der Sanitätshundabteilung. Erwarten Sie das „Zur-Rechenschaft-Ziehen".

Ohne zu dem bevorstehenden Gerichtsverfahren Stellung nehmen zu wollen, möchten wir doch schon heute bemerken, daß es Herrn Schwarzer nicht ganz leicht fallen dürfte, den von der Gegenpartei zu erwartenden Wahrheitsbeweis zu erschüttern. Sollte sich der Leitartikler der „Täglichen Rundschau" wirklich um den edlen Posten eines Hundeführers beworben haben, so mag er sich trösten: Er findet sich hierbei in bester Gesellschaft, geht doch das Gerücht, daß eine ganze Reihe höchster und allerhöchster Personen den Frontkrieg nur — aus den Leitartikeln der „Täglichen Rundschau" kennen gelernt haben.

„Ein kurzes Gedächtnis".

Der „Kreuzzeitung" fällt es ganz besonders auf die Nerven, daß die sozialdemokratische Presse neuerdings wieder aus verschiedenen Teilen des Reiches ausführlichere Mitteilungen über reaktionäre „Generalappells", schwarz-weiß-rote Huldigungen und sonstiges „Kaiserliches" und „Königliches" veröffentlicht. Aus Wut darüber verstieg sie sich in der Sonntagsausgabe zu der Bemerkung, es sei der Fluch der roten Republik, „daß sie mit Hilfe des Feindbundes gegründet wurde und nur durch französisch-englische Gnade sich behaupten kann".

Wir erlauben uns, dazu erneut festzustellen, daß eine Zeitung seinerzeit schrieb:

„Ob die neue Regierung Bestand hat und leistet, was von ihr erhofft wird, wissen wir nicht. Aber niemand täusche sich darüber, daß diese Wendung trotz aller künftigen inneren Kämpfe und trotz der Auseinandersetzungen mit den noch lebendig bleibenden Kräften der Vergangenheit, zu denen die neue Staatsform gezwungen sein wird, unwiderruflich ist; zu stark ist die demokratische Welle, zu stark das revolutionäre Zittern, das über die ganze Erde geht . . ."

Das schrieb am 9. Oktober 1918 die — „Kreuzzeitung".

Ueber die Ursachen, die zu dem Zusammenbruch führen, der doch die Republik auslöste, schrieb einmal ein Blatt:

„Seine (Deutschlands) politische Leitung, deren Pflicht es vor allem gewesen wäre (eine politische Linie der Kriegführung zu finden), hat sich als zu schwach und zu unfähig und zu unentschlossen dazu erwiesen und die militärische Leitung hat, ohne jede politische Bestimmung ihrer Kampfziele und in Unterschätzung unserer Feinde geglaubt, den zerschmetternden Sieg nach allen Seiten erfechten zu können. So ging der Krieg verloren und begrub in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern."

Das konnte man am 13. November 1918 in der — „Kreuzzeitung" lesen, in dem Blatt, das heute schreibt, die rote Republik sei mit Hilfe des Feindbundes gegründet worden. Wenn sie damit meint, daß die von ihr, wie wir eben gezeigt haben, verurteilten politischen und militärischen Leiter des Weltkrieges zu den Feinden des Vaterlandes zu rechnen sind, dann sind wir ausnahmsweise mit ihr einer Meinung.

Die Hilfsaktion für Sowjet-Rußland.

Ein Schuldbekenntnis des Bolschewismus.

Aus sachverständigen russischen Kreisen wird der NZ geschrieben:

In einem Aufruf der kommunistischen „Roten Fahne" werden als Ursache der Rußland bedrohenden Hungerkatastrophe der lange Krieg und die natürliche Folge der Uebergangsepoche vom Zarismus zur Republik der Arbeiter und Bauern hinstellt. Dies ist nicht unrichtig. Besonders über stimmt das letztere. In dieser Aeußerung kann der Sowjet

nur ein Schuldbekenntnis des Bolschewismus sehen. Da wir nicht in den Verdacht kommen möchten, die so notwendige Hilfsaktion durchkreuzen zu wollen, so stellen wir zunächst fest, daß wir durchaus Anhänger dieser Aktion sind und sie nach allen Kräften fördern. Wenn aber das genannte führende Blatt des deutschen Bolschewismus in der gleichen Nummer an anderer Stelle davon redet, daß auch die Republik der deutschen Demokratie abgelöst werden müsse von „der deutschen Arbeiter- und Bauern-Sowjet-Republik", so ist es doch an der Zeit, nachzuweisen, wie begründet das Schuldbekenntnis ist, das die „Rote Fahne" für den Bolschewismus ablegt.

Es handelt sich bei der im Gange befindlichen Hilfsaktion nicht nur darum, den Hunger in Sowjet-Rußland zu bekämpfen, sondern vor allem auch darum, den Völkern, die zu der Hilfsaktion herangezogen werden, zur praktischen Warnung den wahren Schuldigen zu zeigen: den Bolschewismus.

Gewiß, die zwanzig und mehr Distrikte, die dem Hunger anheimfallen, haben eine furchtbare Trockenperiode hinter sich. Das zu bestreiten, wäre Unsinn. Aber der Umstand, daß die Bolschewisten seit der Besitzergreifung der Macht die für Rußland so unendlich wichtige Agrarfrage, diese russische Lebensfrage, nie vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern immer nur aus dem Gesichtswinkel ihrer politischen Macht behandelt haben, belastet die Herren Lenin und Trotzki mit einer furchtbaren Schuld. Daß heute in Rußland nichts da ist, womit man die Hungersnot lindern könnte, daß die elementare Hungersnot ein Land trift, in dem man auch schon in den letzten fruchtbaren Jahren hungerte, ist die Schuld des Bolschewismus.

Als sich die Bolschewisten am 15. Oktober 1917 in den Besitz der Macht setzten, war eine ihrer ersten Maßnahmen, den Großgrundbesitzern die Verfügung über ihren Besitz zu entziehen. Daß sie diesen Besitz auch der Bewirtschaftung der bisherigen Besitzer und damit das wichtigste Getreideüberschußland überhaupt der Bearbeitung und Nutzung entzogen, scheint den Sowjetgrößen gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Aber die Bolschewisten brauchten diese Maßnahme gleichzeitig als Lockmittel für den Bauern, den sie mit ihrer Herrschaft aussöhnen wollten. Daß dieser Bauer schon aus Mangel an Betriebsmitteln — wenn man auf die „Eigenart" des russischen Bauern nicht eingehen will — nicht in der Lage sein würde, den „frei" gewordenen Großgrundbesitz zu bewirtschaften, das zu übersehen war ein taktisches und wirtschaftliches Verbrechen. So wurde der größte Teil des Ueberschußlandes zur Wüste und die Bauern wurden durch die fortgesetzten Umformungen auf agrarischem Gebiete in steter Unruhe gehalten, unter der ebenfalls die landwirtschaftliche Produktion litt. Die göttlichste Schöpfung der Bolschewisten waren die „Komitees für Dorfarmut", die meist aus landlosen Bauern bestanden und eine Art Aufsichtsrecht über die noch leistungsfähigen Mittel- und Großbauern hatten. Bereits 1919 mußte man diese Komitees auflösen. Aber die Folgen der agrarischen Agrarpolitik machten sich weiter bemerkbar.

Und die Folgen? Wenn heute gesagt wird, Rußland ist vom Hunger bedroht, so muß man dem entgegnen: Rußland hungert schon lange. Und die Völker, die den hungernden Russen heute helfen, sollten sich im eigensten politischen Interesse über die innerste Ursache dieser Hungersnot klar werden: diese Ursache ist der Bolschewismus!

Die Entwaffnung.

Nachstehend geben wir die Ziffern vom Stand der Entwaffnung mit dem 1. Juli 1921 abschließend wieder.

Die Reichstreuhandgesellschaft hat bis zu diesem Tage

	zur Zerstörung erhalten	zerstört	noch auf Lager
Gewehre und Karabiner	5 438 300	5 337 300	85 400
Maschinengewehre	98 370	95 705	2 665
Minenwerfer und Rohre von solchen	27 376	26 381	985
Geschütze u. Rohre von solchen	51 947	51 545	402
Lafetten	27 100	27 030	70
Scharfe Artilleriegeschosse und Minen	37 200 000	30 000 000	7 200 000
Scharfe Handgewehr- und Wurfgranaten	15 000 000	14 000 000	1 000 000
Scharfe Zünder	56 200 000	54 000 000	1 800 000
Handwaffenmunition	432 000 000	380 000 000	48 000 000
Flugzeuge	14 001	13 369 ausgeliefert 622	10
Flugzeugmotoren	27 663	23 866 ausgeliefert 3 664	153

Zusammenstellung der auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 zur Zerstörung gebrachten Restbestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät, nach dem Stande vom 6. August 1921:

453	Geschütze
395	Geschützrohre
845	Lafetten
2 368 263	Stück Artillerie-Munition und -Minen
1 695 953	Stück Zünder für Artillerie-Munition
3 141 977	Kilogramm Pulver
1 198	Minen- und Granatwerfer, darunter 80 Signalwerfer
9 266	Maschinengewehre
870 712	Gewehre, Karabiner, Tankgewehre
19 312	Revolver und Pistolen
227 566	blanke Waffen
2 078 489	Gewehr-, Wurf- und Handgranaten
2 091 241	Zünder für Handgranaten
37 499 117	Stück Handwaffenmunition
370 290	Kartuschen aller Art
349 530	Sprengladungen, Sprengpatronen
14 826	Wagen aller Art, darunter 418 Protzen, 60 Maschinengewehrwagen
751	Feldküchen

außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Waffenzubehör- und Ersatzteilen, optischem Gerät, Nachrichtengerät, Brückengerät, Gasschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschirr- und Stallsachen, Wagenzubehörteilen, Textilien, Feldküchengerät, Schiffszubehörteilen, ferner 70 Feldbacköfen, zwei Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 220 Fahrräder, 5000 Armeesättel, 1000 Bocksättel, 800 Sielengeschirre, 5 000 000 Platzpatronen.

Ein privates Getreidemonopol.

Zu der Meldung, daß über die Freigabe der Brotgetreideeinfuhr im Reichsernährungsministerium verhandelt wird, macht das „Berliner Tageblatt" Mitteilungen, die befürchten lassen, daß ein privates Getreideeinfuhrmonopol im Gange ist. Danach schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen den Berliner D-Banken mit Ausnahme der der Getreideeinfuhrgesellschaft selber nahestehenden Bank, und der Mühlenindustrie. Bekanntlich erfordert das Getreidegeschäft heute ganz außerordentlich große Mittel und ist bei den Schwankungen der Valuta mit großem Risiko belastet. Die Verhandlungen der D-Banken mit den Großmühlen hatten zum Zweck, den Mühlen die zum Ankauf ausländischen Brotgetreides notwendigen Bankkredite zu sichern. Gleichzeitig aber sollte eine monopolistische Beherrschung des Mehlpreises erstrebt werden, um so die Abwälzung des Risikos auf die Konsumenten erreichen zu können. Diesen Plänen wurde allerdings von einigen besonders kapitalkräftigen Großmühlen, die sich ihre volle Selbständigkeit wahren wollten, Widerstand entgegengesetzt. Wie weit die Pläne im Augenblick gefördert worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Das Blatt fordert im Anschluß daran von den beteiligten Kreisen Aufklärung über den Sachverhalt.

Aber schon diese Mitteilungen zeigen, daß hier ganz gefährliche Machenschaften im Gange sind. Das Valutarisiko ist nicht gering. Von den an hohen Preisen interessierten Mühlen und Banken wird es noch übertrieben dargestellt werden. Wird es nun auf den Verbraucher abgewälzt, so heißt das nichts anderes, als daß das Auslandsmehl dauernd über den Weltmarktpreis gehalten wird. Das aber muß dazu führen, auch die Preise für freies inländisches Getreide über den Weltmarktpreis zu treiben.

Es gereicht den Großbanken, die ja von Steuerdrückebergerei allerhand verstehen, zur großen Ehre, daß sie bereit sind, diesen Brotwucher zu kreditieren!

Von der Reichsregierung ist zu fordern, daß sie unter allen Umständen diese privatmonopolistischen Tendenzen durchkreuzt. Das einzige wirksame Mittel hierzu ist ein gemeinschaftliches Getreidemonopol.

Zur Lohnbewegung.

Berlin, 13. August.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, die sich mit der allgemeinen Lohnbewegung aus Anlaß der Brotpreiserhöhung beschäftigt. Er gibt in dieser Erklärung zu, daß Lohnerhöhungen aufs neue preissteigernd wirken müßten, glaubt aber die Verantwortung für die mit erneutem Anziehen der Lohnschraube zwangsläufig eintretende allgemeine Preiserhöhung mit dem Hinweis abtun zu können, daß der Arbeiter doch leben müsse, um arbeiten zu können.

Auf Grund eingehender Verhandlungen im großen Ausschuß der Vereinigung der Arbeitgeberverbände am 10. d. M. hat der Tarifausschuß der Vereinigung sich mit dieser Erklärung und den Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn- und Gehaltserhöhung beschäftigt und die mit unverantwortlicher Uebertreibung der Dinge in der Oeffentlichkeit geführte Agitation, sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erklärt. Es ist nicht richtig, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gebrochen werden könnten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohntarife zum erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch höherer Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind. Es ist auch nicht richtig, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife und die neuen Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen damit rechtfertigen ließe. Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung eingestellte Lohnpolitik kann die deutsche Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatums nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen soll, muß vor allem die ernste Lage unsere Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatums gestaltet hat und noch gestalten wird, berücksichtigt werden. Dazu bedarf es der in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft noch fehlenden Einsicht, daß der durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft lastende Druck die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der deutschen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Das „notleidende" Agrariertum.

Man schreibt uns:

Während der agrarische Reichslandbund, in dessen Kreisen man die Entente mit Vorliebe als den Feindbund bezeichnet, in seinen Reihen die Diskussion über einen landwirtschaftlichen Lieferungsstreik eröffnet, — einen Lieferungsstreik, gedacht zu dem Zwecke, die Regierung und die Volksvertretung mürbe zu machen, damit sie die Agraier von neuen unliebsamen Steuern verschonen — sind zu der gleichen Zeit zahlreiche dienstbeflissene Federn in Bewegung, der Welt glauben zu machen, daß wir heuer nur mit einer außerordentlich ungünstigen Ernte zu rechnen haben. Dieser geschäftstüchtigen Stimmungsmache gegenüber, die darauf aufgeht, in demselbne Augenblick, wo das Brot fast um das Doppelte im Preise gestiegen ist, schon die Grundlage für eine neue allgemeine Preissteigerung zu bereiten, gilt es ganz energisch Front zu machen. Es gilt, sich nicht dem schon üblich gewordenen Fatalismus hinzugeben, der da sagt: Es ist ja ganz egal, ob die Ernte gut oder schlecht geworden ist — wir müssen ja doch in beiden Fällen das Brot und die Kartoffeln teuer bezahlen! Leider ist es schon lange so gewesen, daß das Agrariertum mit allen möglichen Mitteln, wenn nicht anders, dann durch Zurückhalten und durch Verderbenlassen vieler Frucht auf den Feldern und in den Mieten, es verstanden hat, auch in noch so reichen Erntejahren die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hoch und höher zu halten. Gelingt es ihm aber in jetziger Zeit, wo wir in der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande ganz ungewöhnlich beengt dastehen, durch alle Machtmittel der agrarischen Organisation und unterstützt durch eine falsche Stimmungsmache, einen neuen agrarischen Wucherfeldzug in Szene zu setzen, so dürfte diesmal ein solcher Raubzug nie dagewesene Formen gewinnen und auch nie dagewesene Wirkungen auslösen. Es gilt deshalb, dem im Gang Befindlichen und den dahinter stehenden Absichten mit aller Energie entgegenzutreten, wobei das Agrariertum sich darauf verlassen kann, daß diesmal die Empörung über seine gemeinschädliche Beutesucht weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus, bis weit in die Kreise des Bürgertums und der Beamtenschaft, selbst auf dem platten Lande, hineingreift.

In der Heimat des Schreibers dieser Zeilen gilt das Sprichwort: „Ein trockenes Jahr wird nie ein schlechtes Jahr!" In dieser Bauernregel steckt durchaus die Weisheit und Richtigkeit aller alten Bauernsprüche. Auch das heurige trockene Jahr, es ist kein schlechtes Jahr. Das bestätigt z. B. unser Neißer Parteiorgan, das aus der „Breslauer Zeitung" zitiert, die da ausführte, daß aller Voraussicht nach die Ernte in Schlesien, abgesehen von den Kartoffeln und der Grummeternte, glänzend sein werde. Dasselbe hören wir aus Pommern und anderen Bezirken. Dem Schreiber dieser Zeilen versicherte ein Landmann aus Holstein, daß seine Rogenernte, gewachsen auf Geestboden, so vorzüglich gewesen sei wie nur in irgend einem der besten Jahre. Wie auf seinem, so auch auf den umliegenden Feldern. Auch der Weizen ist durchaus gut geraten. Gewiß fielen auch Striche der Dürre zum Opfer. Aber es geht nicht an, solche kümmerlichen Distrikte zum allgemeinen Maßstab zu nehmen, in denen nur in solchen Jahren eine zufriedenstellende Ernte heranwächst, in denen auf gutem und mittlerem Boden die Frucht vor Nässe auf den Feldern verfault.

Dem Schreiber dieses versicherte eine Landmannsfrau, es sei das größte bestehende Unrecht, daß den Bauern die unnötig hohen Preise noch immer weiter bewilligt werden; dieses Unrecht werde um so größer, je größer der Bauer. Wenn endlich einmal abgebaut werden solle, dann müsse der Anfang bei den landwirtschaftlichen Preisen gemacht werden. Auch trotz der Dürre sei es z. B. nicht notwendig, daß gegenwärtig das Pfund Butter in den Städten mit 33 Mark bezahlt werden müsse. Die Butter könne ruhig billiger sein und der Bauer könne immer noch sehr gut dabei bestehen. Wenn so die Urteile selbst in gemäßigten landwirtschaftlichen Kreisen lauten, so braucht man keinen Augenblick mehr daran zu zweifeln, daß alle Bestrebungen des Landagrariertums auf mehr und immer mehr nicht aus irgend einer Notlage, sondern nur aus ungezügelter Raffsucht herrühren.

Man braucht ja nur über Land zu gehen und die Augen offen zu halten, dann sieht man, wie es den großen Agrariern schon seit Jahren geht. Der Städter, wenn er einmal in seine ländliche Heimat kommt, sieht, wo früher alte kleine Scheunen standen, jetzt die schönsten reichsten Baulichkeiten. Und anstatt der kleinen Scheuern, die früher nur halbvoll wurden, sind jetzt die großen Scheuern gefüllt und daneben steht die Frucht noch auf den Feldern in den Mieten. Und einen zweiten Hof, so hört man's auf dem Lande allgemein, hat der große Bauer heute in den Truhen liegen. Auf den Höfen sieht man an allem, was reichlich da ist, wo heute der Reichtum steckt. Die Besitzer aber, wenn sie in der Stadt eine landwirtschaftliche Versammlung oder Zusammenkunft halten, sie kommen herangefahren in den feinsten modernsten Gefährten. Und die Versammlung findet nicht etwa, wie beim Handwerker oder gar beim Arbeiter, abends, nach getaner Arbeit statt, nein, mittags, in der besten Tageszeit. Und voraus geht das gemeinsame Essen. Die Arbeit auf dem Hof — dazu hat man seine Leute. Jedermann, der nur ein paar Wochen in reicher Bauerngegend auf dem Lande lebt, kann sich von diesen Dingen überzeugen.

Er kann dann auch die Gespräche hören, die die Arbeiter, die Kätner und Handwerker und der kleine Mittelstand über dieses Bauerntum führen. Unaufgefordert, ohne daß man sie dazu animiert, machen sie aus ihrer Erbitterung über das protzige egoistische Bauernwesen, das nie genug kriegt, das nur an seinen Gewinn, an sein Ich und seinen Reichtum denkt und für das die Interessen anderer Leute garnicht existieren, kein Hehl.

Und so ist dieses Wesen auch in Wirklichkeit. Man sehe doch zu. Schon wochen- und monatelang, während die Presse und die Reihen der sozialdemokratischen Partei z. B. die Frage über das Schicksal Oberschlesiens, über das Wiederaufkommen und Gedeihen des Landes bewegte, während zahlreiche Gewerkschaftsführer und Führer unserer Partei für Oberschlesien litten und bluteten, waren die Versammlungen und die Presse des Landbundagrariertums fast nur von der einen großen Sorge erfüllt: wie beseitigen wir die letzten Reste der Zwangswirtschaft — wie machen wir uns die Bahn für noch größerer Gewinnschneiderei frei? Und so ist es fortwährend.

Aber das spricht und schreibt in der selbstgerechtesten und verächtlichsten Weise von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, von ihren Parteien, von der Mehrzahl des Stadtvolks überhaupt, ist sich keinen Augenblick dessen bewußt, daß das, was sie der Masse in Stadt und Land ganz generell andichten: schrankenlose Ichsucht unter Abweisung allgemein-sozialer Gedanken, bei ihnen selber, man möchte fast sagen, schon als Ergebnis ihrer Kinderstube, in Reinkultur vorhanden ist. Und zahlreiches Publikum, obwohl selber dadurch am Geldbeutel gestraft, hängt dieser selbstsicheren Dreistigkeit des Auftretens am Schlepptau. Es wird Zeit, daß Arbeiter und Bürger durch ungeschminktes Aussprechen dessen was ist, überall, wo sie Gelegenheit haben, für eine andere öffentliche Meinung sorgen, die dem hier gemeinten Agrariertum ungeschminkt ins Gesicht sagt, daß ein feistes Genick, Papiergeld pfundweise in den Truhen und Ichsucht unter Abwesenheit von Gram und Scham noch nicht die Voraussetzungen zu einem sozial anständig handelnden Menschen bilden, und daß, allzu straff gespannt, jeder Bogen zerspringt.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 14. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std
D.		Expreß	Davidsen	Hadersleben		½
D.		Aelos	Hollberg	Stockholm	2	
	S.	Johanna	Betsendahl	Niköping	7	
D.		Karl	Knudsen	Friedrichshafen	1	
D.		Najaden	Bentson	Göteborg		16
D.		Travemünde	Harder	See	10	

Angekommen am 15. August 1921.

D.		Wilde	Wegner	Hartlepool	2	
	S.	Maria	Ahrens	Kopenhagen		10

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg.
Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Küchen-Woche

Porzellan

Speiseteller tief und flach 3.75 **2.95**
Abendbrotteller 2.45 **1.95**
Tassen mit Untertassen, weiß, mit kl. Fehlern **1.75**
Tassen mit Untertassen, mit Goldranddekor.. **3.95**
Tassen mit Untertassen, mit Blumenkante... **4.95**
Speiseteller „Thomas", mit Streublumen... **9.75**
Mokkatassen dekor., mit Untertassen 3.75 **2.95**
Kaffeetassen weiß, massiv, „Thomas" für Hotels und Gastwirtschaften **4.75**
Kaffee-Service 9teilig, für 6 Personen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
59.50	**69.50**	**78.50**	**87.50**
Kantendekor	breite Kante	mod. Streublum.	mod. Kante

Speiseteller Goldrand und Linie **9.75**
Abendbrotteller Goldrand u. Linie. 5.75 **4.75**

Steingut

Speiseteller tief u. flach .. gerippt **1.85** glatt **1.65**
Satz-Schüsseln 6 Stück, reguläre Ware bunt.... **17.50** weiß..... **14.75**
Waschbecken moderne Dekore groß **24.50** mittel **17.50** klein **11.75**
Waschkrüge moderne Dekore groß **16.50** mittel **12.50** klein **7.85**
Nachtgeschirre bunt und creme... 8.75 **6.75**
Zahnbürstenschalen **1.95**
Seifenschalen ..... **95 ₰**
Speiseteller dekoriert, tief und flach Fabrikat Villeroy u. Boch **2.95**
Saucieren dekoriert 7.85 **6.95**
Waschservice 5teilig, aus einzelnen Teilen zusammengestellt
Serie I groß **49.50** Serie II mittel **37.50** Serie III **27.50**
Tafelservice 23teilig, dekoriert **127.50**
Tonnengarnituren 16teilig, dekoriert . **97.50**
Tonnengarnituren 22teilig, dekoriert **127.50**
Waschservice 5teilig, reich mit Gold **137.50**
Toilette-Eimer mit Bügel **54.50**

Der beispiellose Erfolg

veranlaßt uns, die Küchen-Woche noch um 3 Tage zu verlängern:

Montag, den 15.
Dienstag, den 16.
Mittwoch, den 17.

❖

Unsere Vorräte sind durch großzügigen Einkauf noch ziemlich bedeutend u. ist unser reguläres Sortiment durch Neu-Eingänge vervollständigt worden.

Unsere Abteilung für

Nickelwaren, Galanterie- und Luxuswaren

bietet eine hervorragende Auswahl in

Geschenk-Artikeln, Preisen, Verlosungs-Gegenständen usw.

Emaille

grau, braun oder weiß, **keine Ausschußware.**

Schmortöpfe mit Ring 16.75 13.75 11.75 **10.75**
Kasserollen 6.95 5.75 4.75 **3.95**
Kaffeekannen 17.85 15.75 13.75 **12.75**

Fleischtöpfe	20	22	24	26 cm
	9.75	**11.75**	**13.75**	**16.75**

Schöpfkellen 3.95 **3.45**
Schaumlöffel 4.75 **3.95**
Küchenschüsseln 5.95 4.95 3.75 **3.45**

Schmortöpfe	22	24	26	28	30 cm
grau	**10.75**	**13.75**	**16.75**	**19.50**	**24.50**
braun	**13.75**	**15.75**	**18.75**	**23.50**	**29.50**

Wannen oval 39.50 34.50 **26.75**
Eimer 28 cm **13.95**
Durchschläge 8.75 **7.85**
Kinderbecher 2.95 **1.95**
Schaffnerkrüge 14.75 11.75 **9.75**
Essenträger 11.75 **9.75**

Für die Einkochzeit

Einkoch-Apparate komplet mit Einsatz und 6 Federn **44.75**
Ia. Gummiringe ..... 35 ₰ **30 ₰**
Einkochgläser mit Ia. Gummi-Ring u. Klammer
¼ Liter **1.45** ½ Liter **1.75** ¾ Liter **1.95** 1 Liter **2.45**
Einkochgläser weite Form
½ Ltr. **1.75** ¾ Ltr. **1.95** 1 Ltr. **2.45** 1½ Ltr. **2.95** 2 Ltr. **3.50**

Verschiedenes

Roßhaarbesen groß, Ia. Ware **16.75**
Scheuerbürsten eingezogen **1.75**
Scheuerbürsten Wurzel eingezogen **1.95**
Ia. Kernseife Doppelriegel 250 Gramm **2.45**
Ia. Schmierseife ..... Pfund **3.50**
Aluminium-Eßlöffel ..... **60 ₰**
Aluminium-Kaffeelöffel ..... **30 ₰**
Eimer Ia. feuerverzinkt, 28 cm **14.50**

Karstadt

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlds.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Die am Dienstag, dem 16. August fällige Mitgliederversammlung findet nicht statt. (5272
Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung
am Donnerstag, 18. d. Mts. abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Wahl eines Boten.
5257) **Der Vorstand.**

Eimerbier
Dienstag von 4—6 Uhr.
5267) **Hermann Stamer.**

Visitenkarten
liefern **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Kolosseum
Dienstag, den 16. August,
Anfang 7½ Uhr:
Chrem-Abend
der Künstlerkapelle R. Sulanke
Solisten: Frl. Louise Friedhoff,
Herr Josef Immendorf,
Jugendl. Pianist Adolf Bastian,
Friedr. Willmann, Xylophon.
Eintritt Mk. 2.— ausschließlich Steuer.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt. (5271

Zentralhallen
Morgen Dienstag: (5270
Gr. Tanzkränzchen.

Plattdütsche Volksgill to Lübeck.
Sünndag, den 21. August 1921:
Sommer- u. Heimatfest
för alle plattdütschen Lüd
up de Walkmöhl (Lück).
Anfang Klock 3.
Vördrag: Prof. Krüger.
Vagelscheten, Dubensmiten, Kinnervergnögen,
Kaspertheater un noch allerhand.
Klock 7: Plattd. Theaterstück in'n Frien.
Intritt för Maien 3 Mk., Nichmaien 4 Mk., Schoolkinner fri.
Abends gaai wi mit Musik un Latüchten wedder früch na'n Brink. (5246

Konzerthaus Lübeck.
Für Sommerfeste sind der große Garten u. Säle noch an einigen Sonn- u. Wochentagen frei. Tel. 408
5251) **H. Cyriacks.**

Hansa-Theater
8 Uhr. 8 Uhr.
Heute Montag:
Große Abschiedsvorstellung der erstklassigen Artisten u. der phänomenal dressierten Hunde.
Ferner: (5258
La—Di—Fi
(Laß dich filmen.)
Morgen Dienstag:
8 Uhr. 8 Uhr.
Auftreten der neu engagierten 6 Spezialitäten.
U. a.:
Die 3 Schwestern Fakory mit dem sensationellen Sturz aus der Luft.
Gastspiel des Universalkünstlers Karl Scherber.

Eimerbier
Dienstag von 3 bis 6 Uhr.
Hans Wicken,
5266) **Brauerei.**

Stadttheater Lübeck.
Montag, 15. Aug., 7½ U.:
Die Seele schwinget sich.
Montag, 15. Aug., 7½ U.:
1. Volkstümliches Konzert im Kolosseum. (5253
Dienstag, 16. Aug., 7½ U.:
Der Maskenball.
3. Abonnem.-Vorstell. B. C.
Mittwoch, 17. Aug., 7 Uhr:
Wallensteins Tod, II. Teil.
3. Abonn.-Vorst. Buchst. C.
Die Ausgabe der Karten für die Volkst. Konzerte im Kolosseum erfolgt an der Theaterkasse zu den üblichen Kassenstunden, spätester Termin Montag, 15. August.
Nordische Woche.
Abonnements für die Vorstellungen werden in der Theaterkanzlei entgegengenommen. Einzelkartenverkauf an der Theaterkasse. Es wird gebeten, die bestellten Abonnements- und Tageskarten alsbald bei der Theaterkasse einzulösen.

Beilage zu Nr. 189
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 15. August 1921

Freistaat Lübeck.

Montag, 15. August.

An die Arbeiter und Angestellten Lübecks! Wir machen nochmals auf die heute abend stattfindende Vorstellung der streikenden Altonaer Schauspieler aufmerksam. Wir bitten alle Arbeiter und Angestellten, durch einen regen Besuch die Schauspieler in ihrem Kampfe zu unterstützen. Gerade im gegenwärtigen Augenblick ist die Wiedergabe des zur Aufführung gelangenden Stückes von besonderer Bedeutung, weil allerorts die Arbeitnehmerschaft gegen die kriegshetzerischen Bestrebungen Protest erhebt. Das revolutionäre Schauspiel „Freiheit" ist ein flammender Protest gegen all derartigen Bestrebungen. Es ist daher Pflicht aller Kriegsgegner, soweit wie möglich die Vorstellung zu besuchen.

Der Ortsausschuß
des A.D.G.B. und das Ortskartell der Afa.

Wir bitten alle diejenigen, die den Kartenvertrieb für die heute abend stattfindende Vorstellung der streikenden Altonaer Schauspieler vorgenommen haben, unter allen Umständen die zurückgebliebenen und nicht verkauften Karten bis spätestens ½7 Uhr heute abend im Gewerkschaftssekretariat abzuliefern. Dieses ist unbedingt erforderlich, damit diese Karten evtl. an der Kasse verkauft werden können.

Das Gewerkschaftssekretariat.

Das teure Brot.

Am Sonnabend ist die vorher oft besprochene Verteuerung des Brotes in Kraft getreten. Lübeck hat zwar im Vergleich zu andern Städten nicht das teuerste, aber auch nicht das billigste Brot. Doch fallen diese Preisunterschiede — es handelt sich nur um einige Groschen — bei dem hohen Preise nicht erheblich ins Gewicht.

Die Erregung über die eingetretene Brotpreiserhöhung ist allgemein. Sie beschränkt sich nicht auf die Arbeiterschaft, sondern erstreckt sich in nicht geringem Grad auch auf die übrigen Verbraucherkreise, die auf festes Einkommen an Lohn oder Gehalt angewiesen sind und durch jede Steigerung der Lebensmittelpreise vor die Notwendigkeit einer neuen Lohnbewegung gestellt werden, also auf Beamte, Angestellte usw., ganz abgesehen von den beklagenswerten Kleinrentnern, den Erwerbslosen, Arbeitsinvaliden und Unfallrentnern.

Die Brotverteuerung ist in erster Linie auf das Treiben der Agrarier zurückzuführen, die stets die freie Wirtschaft im Brotgetreide gefordert haben und den Brotpreis dem Weltmarktpreis angepaßt wissen wollten. Nachdem die bürgerlichen Parteien im Reichstage den Wünschen der Agrarier in weitem Maße entgegengekommen sind, werden alle Massenkundgebungen gegen den Brotwucher, die nunmehr in einigen Städten eingesetzt haben, an den Dingen wenig ändern. Wir stehen vor einer vollendeten Tatsache. Die Sozialdemokratie hat seinerzeit rechtzeitig ihre verneinende Stimme erhoben und die agrarischen Pläne bekämpft. Sie blieb aber bei den entscheidenden Abstimmungen im Reichstag in der Minderheit, und so mußte das eintreten, was die Sozialdemokratie voraussagte und verhindern wollte: eine starke Brotpreiserhöhung.

Wie sich der gesamte Brotpreis in Zukunft stellen wird, ist heute noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Soviel steht fest, das markenfreie Brot wird überaus teuer werden. Die Herren auf dem Lande können sich die fetten Hände reiben, sie haben es erreicht: der Getreidepreis geht sprungkaft in die Höhe. So wird aus Bayern gemeldet, daß das freie Getreide bereits um mehr als 100 Prozent teurer ist als das Ablieferungsgetreide. Demnach würde das markenfreie Brot auf 14 bis 15 Mk. zu stehen kommen. Wenn wir auch annehmen können, daß dieser unverschämte Preis nicht überall durchgesetzt werden kann, so wird doch das markenfreie Brot einen fast unerschwinglichen Preis erreichen.

Neben Brot sind aber bereits auch fast alle anderen Artikel erheblich im Preise gestiegen und steigen weiter. Die Wirtschaftsführung des Arbeiterhaushalts ist wieder zu einem bald unlösbaren Problem geworden. Die Hausfrau kann trotz aller Sparsamkeit mit dem Gelde nicht auskommen. So werden die kommenden Wochen wieder schwere wirtschaftliche Kämpfe bringen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind gezwungen, ihr Einkommen zu erhöhen. Da ist es notwendig, daß sie ihre Organisationen stärken und kampfbereit halten, damit sie den Kampf ums Dasein mit Erfolg führen können.

*

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter in privaten Betrieben. Das Reichsarbeitsministerium hat in der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge folgende Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in privaten Betrieben erlassen: „Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. 4. 1920 wird bestimmt: § 1. Private Arbeitgeber haben auf 20 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer, ohne Unterschied des Geschlechts, mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Arbeitgeber, die mehr Arbeitnehmer beschäftigen, haben auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen; ein Ueberschuß von 20 wird dabei vollen 50 gleichgerechnet. Bei der Berechnung dieser Zahlen werden mehrere Betriebe, Bureaus und Verwaltungen desselben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich im Bezirk der gleichen Hauptfürsorgestelle oder in den Bezirken unmittelbar aneinander grenzender Hauptfürsorgestellen befinden. § 2. Diese Verordnung tritt am 1. August 1921 in Kraft. Die hiernach erforderlichen Neueinstellungen sind bis zum 1. Januar 1922 durchzuführen. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt der § 1 der Verordnung vom 21. 4. 1920 zur Ausführung der §§ 5 und 10 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. 4. 1920 außer Kraft.

Vortragswesen der Oberschulbehörde. Man schreibt uns: Die bevorstehende Nordische Woche, die unsere alten und vielseitigen Beziehungen zu den urverwandten skandinavischen Brudervölkern darlegen, erweitern und vertiefen wird, fordert uns besonders eindringlich auf, uns einmal wieder über den germanischen Kern unseres eigenen Volkstums klar zu werden und zu versuchen, ihn aus den Hüllen der mittelalterlichen und neuzeitlichen Kulturentwickelung herauszuschälen. Deshalb dürfte im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Vortragsreihe dem Interesse weiterer Kreise begegnen, die Professor Dr. Gilbert in der zweiten Augusthälfte über „Germanisches Wesen im Spiegel altnordischer Dichtung" halten wird. Im ersten Vortrage soll ein Bild der Kultur der Wikingerzeit gezeichnet werden, die die Voraussetzung für das altnordische Schrifttum bildet. Der zweite und dritte Vortrag wird die altisländischen Bauern- und Königsgeschichten behandeln, die uns den genauesten Einblick in das Leben, Fühlen und Denken unserer Vorfahren in vorchristlicher und frühchristlicher Zeit gewähren, und der letzte Vortrag wird sich mit den Götter- und Heldenliedern der Edda beschäftigen, die, obwohl viel genannt, in ihrer Bedeutung für die Erkenntnis unseres Wesens doch noch lange nicht genug gewürdigt werden. Zahlreiche Proben aus den schönsten Isländergeschichten und Eddaliedern werden die Vorträge begleiten und erläutern. Die Vorträge finden am 16., 19., 23. und 26. August, abends 6½ Uhr, in der Aula der Ernestinenschule statt. Alles Nähere ergeben die öffentlichen Bekanntmachungen.

Nordische Woche in Lübeck. Durch die Nordische Woche, die vom 1.—11. September in Lübeck stattfindet, sollen, wie uns geschrieben wird, die wirtschaftlichen und die kulturellen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und den nordischen Ländern vertieft und erweitert werden. Die Veranstaltung ist also keineswegs eine rein lübeckische Angelegenheit; sie geht vielmehr ganz Deutschland und die nordischen Länder an; denn die Anstrengungen, die Lübeck hier macht, sollen und werden dem Wirtschafts-, wie auch dem Geistesleben hüben wie drüben zugute kommen. Deshalb ist die Nordische Woche auch nicht eine Veranstaltung von lokaler oder provinzieller Bedeutung; sie fordert mit Recht Beachtung in ganz Deutschland und in den Ostseeländern. Und diese Beachtung wird ihr nicht versagt; denn überall erkennt man, daß man es in der Nordischen Woche mit einer hochbedeutsamen Veranstaltung zu tun hat, die als eine Kundgebung von hohem Wert zur Förderung der wirtschaftlichen und der kulturellen Beziehungen Deutschlands zu den nordischen Ländern sein wird. Aus diesem Grunde ist das Interesse für die Nordische Woche überall sehr rege. Die Presse Deutschlands und der nordischen Länder wird eine sehr stattliche Zahl von Vertretern nach Lübeck entsenden; Anmeldungen liegen in erfreulich großer Zahl bereits vor. Unter den Rednern der Nordischen Woche, handle es sich um das Wirtschaftsgebiet, oder das Kulturgebiet, finden wir Männer, deren Namen von höchstem Klange sind. Deutsche und nordische Kunst werden sehr Bemerkenswertes bieten; die Festspiele im Stadttheater führen erste Bühnensterne aus Berlin, Dresden, München, Wien, Hamburg usw. nach Lübeck und versprechen sehr hochstehende Kunstleistungen. Mannigfache gesellschaftliche Veranstaltungen in Lübeck und in dem herrlichen Ostseebad Travemünde werden für reizvolle Erholung nach den Anstrengungen des Tages sorgen. Lübecker Industrie und Gewerbe veranstalten eine Musterschau; auch der Sport findet angemessene Berücksichtigung im Rahmen der Nordischen Woche. Kurz, es wird sehr viel geboten werden, und so wird jeder auf seine Kosten kommen. Deshalb ist das Interesse für die Nordische Woche auch so ungewöhnlich rege, und deshalb wird ihr ein voller Erfolg beschieden sein, wird sie mit beitragen zum Aufbau Deutschlands, der auch den Ostseeländern durch weitere Belebung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen nur von Vorteil sein kann.

Es lebe der Militarismus! „Der Militarismus ist tot. Es lebe der Militarismus." Der alte preußisch-soldatische Geist soll gegenwärtig, anläßlich der Reichskriegerwoche in Lübeck Triumphe feiern. In Frack und Zylinder, schwer mit glitzenden Orden und Ehrenzeichen beladen, so ziehen sie durch die Straßen, die tapferen Kriegervereinler. Die ganze Veranstaltung geht unter dem schwarz-weiß-roten Banner vor sich und trägt ein ausgesprochenes nationalistisches Gepräge. Unter dem Deckmantel der politischen Neutralität und der Pflege der Kameradschaft wird der alte preußisch-soldatische Geist wach gehalten und zu fördern versucht. Derartige Feiern mögen manchem harmlos erscheinen und wir sind auch nicht der Meinung, daß bei solchen Zusammenkünften staatsumstürzlerische Pläne ausgeheckt werden. Dazu sind andere Plätze geeigneter. Aber — und das ist der Grund unserer Abneigung gegen derartige Veranstaltungen — sie bilden einen wahren Hort und Herd für jede reaktionäre Gesinnung. Ein neuer Militarismus soll gezüchtet und der monarchische Geist gepflegt werden. Die Kriegervereine sind weiter nichts als Reservoire für die rückschrittlichsten Absichten. Der Arbeiterschaft kann nur geraten werden, recht weit, in ihrem ureigensten Interesse, von solchen Verbänden und Veranstaltungen abzurücken. Sie hat alle Ursache, derartige Leute unter sich zu lassen. Aber jene Herrschaften versuchen, die verschiedensten Veranstaltungen zu gewinnen. So wird uns aus Israelsdorf berichtet:

„Soeben konnte ich mich überzeugen, daß gegen 200 Pfadfinder unter Führung von Offizieren Sonnabend abend hier eingetroffen sind. Viele ältere Jahrgänge, darunter verkapptes Militär, sind dabei, um dem Festrummel das militärische Gepräge zu geben. Gegen 300 werden noch erwartet. Die Bauern geben bereitwilligst Stroh zum Lagern her. Eine Feldküche wird auch mitgeführt. Wer bezahlt diese ganze Geschichte?"

Die Herrschaften verstehen schon Geld zu machen. Sie haben sogar, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, die Waisenknaben in ihre Dienste gestellt. Diese unternahmen am Sonntag Geldsammlungen in den Straßen Lübecks für den Landeskriegerverband. Die Sammelbüchsen, die sie verwandten, trugen zwar ein kleines Schild mit der Aufschrift: Landeskriegerverband, wer aber nicht genau hinsah, mußte annehmen, daß die Sammlung für die Waisenkinder erfolgte. So wurde das Publikum irregeführt. Viele, die glaubten, ihr Scherflein für die armen Kinder hergegeben zu haben, mußten später die Wahrnehmung machen, daß sie ihr Geld für eine Sache geopfert hatten, mit der sie nichts zu tun haben wollten. Die Heranziehung der Waisenkinder zu derartigen Sammlungen ist ein Mißbrauch und muß scharf verurteilt werden. Mögen jene Leute, die solche Veranstaltungen arrangieren, selbst in den eigenen gefüllten Beutel greifen.

Die drei gerechten Kammacher.

Erzählung von Gottfried Keller.

7. Fortsetzung.

Die wackeren Gesellen hörten verwundert auf zu kauen und studierten mit einfältigen Gesichtern, die seltsame Aufgabe zu lösen. Das Schwäblein kam zuerst damit zustande und rief mit lüsternem Gesicht: „Ja, werteste Jungfer Züs! wenn Sie es denn gütigst erlauben, so sehe ich Sie nicht nur dreifach, sondern verhundertfacht um mich herumschweben und mich mit huldreichen Aeuglein anblicken und mir tausend Küßlein anbieten!"

„Nicht doch!" sagte Züs unwillig verweisend, „nicht in so ungehöriger und übertriebener Weise! Was fällt Ihnen denn ein, unbescheidener Dietrich? Nicht hundertfach und nicht Küßlein anbietend habe ich es erlaubt, sondern nur dreifach für jeden und in züchtiger und ehrbarer Manier, daß mir nicht zu nahe geschieht!"

„Ja," rief jetzt endlich Jobst und zeigte mit einem abgenagten Birnenstiel um sich her, „nur dreifach aber in größter Ehrbarkeit sehe ich die liebste Jungfer Bünzli um mich her spazieren und mir wohlwollend zuwinken, indem sie die Hand aufs Herz legt! Ich danke sehr, danke, danke ergebenst!" sagte er schmunzelnd, sich nach drei Seiten verneigend, als ob er wirklich die Erscheinungen sähe. „So ist's recht," sagte Züs lächelnd, „wenn irgendein Unterschied zwischen Euch besteht, so seid Ihr doch der Begabteste, lieber Jobst, wenigstens der Verständigste!" Der Bayer Fridolin war immer noch nicht fertig mit seiner Vorstellung, da er aber den Jobst so loben hörte, wurde es ihm angst und er rief eilig: „Ich sehe auch die liebste Jungfrau Bünzli dreifach um mich her spazieren in größter Ehrbarkeit und mir wollüstig zuwinken, indem sie die Hand auf —"

„Pfui, Bayer!" schrie Züs und wandte das Gesicht ab, „nicht ein Wort weiter! Woher nehmen Sie den Mut, von mir in so wüsten Worten zu reden und sich solche Saureien einzubilden? Pfui, pfui!" Der arme Bayer war wie vom Donner gerührt und wurde glühend rot, ohne zu wissen wofür; denn er hatte sich gar nichts eingebildet und nur ungefähr dem Klange nach gesagt, was er von Jobsten gehört, da er gesehen, wie dieser für seine Rede belobt worden. Züs wandte sich wieder zu Dietrich und sagte: „Nun, lieber Dietrich, haben Sie's noch nicht auff eine etwas bescheidenere Art zuwege gebracht?" — „Ja, mit Ihrer Erlaubnis", erwiderte er, froh wieder angeredet zu werden, „ich erblicke Sie jetzt nur dreimal um mich her, freundlich aber anständig mich anschauend und mir drei weiße Hände bietend, welche ich küsse!"

„Gut denn!" sagte Züs, „und Sie Fridolin? sind Sie noch nicht von Ihrer Abirrung zurückgekehrt? Kann sich Ihr ungestümes Blut noch nicht zu einer wohlanständigen Vorstellung beruhigen?" — „Um Vergebung!" sagte Fridolin kleinlaut, „ich glaube jetzt drei Jungfern zu sehen, die mir gedörrte Birnen anbieten und mir nicht abgeneigt scheinen. Es ist keine schöner, als die andere, und die Wahl unter ihnen scheint mir ein bitteres Kraut zu sein."

„Nun also", sprach Züs, „da Ihr in Eurer Einbildungskraft von neun solchen ganz gleich werten Personen umgeben seid und in diesem liebreizenden Ueberflusse dennoch Mangel in Euerem Herzen leidet, ermesset darnach meinen eigenen Zustand; und wie Ihr an mir sahet, daß ich mich weisen und bescheidenen Herzens zu fassen weiß, so nehmet doch ein Beispiel an meiner Stärke und gelobet mir und Euch untereinander, Euch ferner zu vertragen und, wie ich liebevoll von Euch scheide, Euch ebenso liebevoll voneinander zu trennen, wie auch das Schicksal, das Eurer wartet, entscheiden möge! So leget denn alle Eure Hände zusammen in meine Hand und gelobt es!"

„Ja, wahrhaftig", rief Jobst, „ich will es wenigstens tun, an mir soll's nicht fehlen!" und die andern zwei riefen eiligst: „An mir auch nicht, an mir auch nicht!" und sie legten alle die Hände zusammen, wobei sich jedoch jeder vornahm, auf alle Fälle zu springen, so gut er vermöchte. „An mir soll es wahrhaftig nicht fehlen!"" wiederholte Jobst, „denn ich bin von Jugend auf barmherziger und einträchtiger Natur gewesen. Noch nie habe ich einen Streit gehabt und konnte nie ein Tierlein leiden sehen; wo ich noch gewesen bin, habe ich mich gut vertragen und das beste Lob geerntet ob meines geruhsamen Betragens; denn obgleich ich gar manche Dinge auch ein bißchen verstehe und ein verständiger junger Mann bin, so hat man nie gesehen, daß ich mich in etwas mischte, was mich nichts anging, und habe stets meine Pflicht auf eine einsichtsvolle Weise getan. Ich kann arbeiten, soviel ich will, und es schadet mir nichts, da ich gesund und wohlauf bin und in den besten Jahren! Alle meine Meisterinnen haben noch gesagt, ich sei ein Tausendsmensch, ein Ausbund, und mit mir sei gut auskommen! Ach! ich glaube wirklich selbst, ich könnte leben wie im Himmel mit Ihnen, allerliebste Jungfer Züs!"

„Ei!" sagte der Bayer eifrig, „das glaub' ich wohl, das wäre auch keine Kunst, mit der Jungfer wie im Himmel zu leben! Das wollt' ich mir auch zutrauen, denn ich bin nicht auf den Kopf gefallen! Mein Handwerk versteh' ich aus dem Grund und weiß die Dinge in Ordnung zu halten, ohne ein Unwort zu verlieren. Nirgends habe ich Händel bekommen, obgleich ich in den größten Städten gearbeitet habe, und niemals habe ich eine Katze geschlagen oder eine Spinne getötet. Ich bin mäßig und enthaltsam und mit jeder Nahrung zufrieden, und ich weiß mich am Geringfügigsten zu vergnügen und damit zufrieden zu sein. Aber ich bin auch gesund und munter und kann etwas aushalten, ein gutes Gewissen ist das beste Lebenselixier, alle Tiere lieben mich und laufen mir nach, weil sie mein gutes Gewissen wittern, denn bei einem ungerechten Menschen wollen sie nicht bleiben. Ein Pudelhund ist mir einst drei Tage lang nachgefolgt, als ich aus der Stadt Ulm verreiste, und ich mußte ihn endlich einem Bauersmann in Gewahrsam geben, da ich als ein demütiger Handwerksgesell kein solches Tier ernähren konnte, und als ich durch den Böhmerwald reiste, sind die Hirsche und Rehe auf zwanzig Schritt nach stehengeblieben und haben sich nicht vor mir gefürchtet. Es ist wunderbar, wie selbst die wildesten Tiere sich bei den Menschen auskennen und wissen, welche guten Herzens sind!"

„Ja, das muß wahr sein!" rief der Schwabe, „seht ihr nicht, wie dieser Fink schon die ganze Zeit da vor mir herumfliegt und sich mir zu nähern sucht? Und jenes Eichhörnchen auf der Tanne sieht sich immerfort nach mir herum, und hier kriecht ein kleiner Käfer allfort an meinem Beine und will sich durchaus nicht vertreiben lassen. Dem muß es gewiß recht wohl sein bei mir, dem lieben guten Tierchen!"

Jetzt wurde aber Züs eifersüchtig und sagte etwas heftig: „Bei mir wollen alle Tiere gern bleiben! Einen Vogel hab' ich acht Jahre gehabt und er ist sehr ungern von mir weggestorben; unsere Katze streicht mir nach, wo ich geh' und stehe, und des Nachbars Tauben drängen und zanken sich vor meinem Fenster, wenn ich ihnen Brosamen streue! Wunderbare Eigenschaften haben die Tiere je nach ihrer Art! Der Löwe folgt gern den Königen nach und den Helden, und der Elefant begleitet den Fürsten und den tapfern Krieger; das Kamel trägt den Kaufmann durch die Wüste und bewahrt ihm frisches Wasser in seinem Bauch, und der Hund begleitet seinen Herrn durch alle Gefahren und stürzt sich für ihn in das Meer! Der Delphin liebt die Musik und folgt den Schiffen, und der Adler den Kriegsheeren. Der Affe ist ein menschenähnliches Wesen und tut alles, was er die Menschen tun sieht, und der Papagei versteht unsere Sprache und plaudert mit uns, wie ein Alter! Selbst die Schlangen lassen sich zähmen und tanzen auf der Spitze ihres Schwanzes; das Krokodil weint menschliche Tränen und wird von den Bürgern dort geachtet und verschont; der Strauß läßt sich satteln und reiten wie ein Roß; der wilde Büffel zieht den Wagen des Menschen und das gehörnte Renntier seinen Schlitten. Das Einhorn liefert ihm das schneeweiße Elfenbein und die Schildkröte ihre durchsichtigen Knochen!"

„Mit Verlaub", sagten alle drei Kammacher zugleich, „hierin irren Sie sich gewißlich, das Elfenbein wird aus den Elefantenzähnen gewonnen und die Schildplattkämme macht man aus der Schale und nicht aus den Knochen der Schildkröte!"

Züs wurde feuerrot und sagte: „Das ist noch die Frage, denn Ihr habt gewiß nicht gesehen, wo man es hernimmt, sondern verarbeitet nur die Stücke; ich irre mich sonst selten, doch sei dem wie ihm wolle, so lasset mich ausreden: nicht nur die Tiere haben ihre merkwürdigen von Gott eingepflanzten Besonderheiten, sondern selbst das tote Gestein, so aus den Bergen gegraben wird. Der Kristall ist durchsichtig wie Glas, der Marmor aber hart und geädert, bald weiß und bald schwarz; der Bernstein hat elektrische Eigenschaften und ziehet den Blitz an; aber dann verbrennt er und riecht wie Weihrauch. Der Magnet zieht Eisen an, auf die Schiefertafeln kann man schreiben, aber nicht auf den Diamant, denn dieser ist hart wie Stahl; auch gebraucht ihn der Glaser zum Glasschneiden, weil er klein und spitzig ist.

(Fortsetzung folgt.)

Eine kommunistische Demonstration fand am Sonntag vormittag statt. Am alten Bahndamm waren zu der angekündigten Versammlung rund 200 Personen zusammengekommen. Man zog nach dem Geibelplatz und versuchte vergeblich das dort stattfindende Konzert zu stören. Der Zug bewegte sich dann nach den „Lübeckischen Anzeigen", wo vor dem Gebäude auf der Straße eine von Kindern getragene und mit Dreck beschmutzte schwarz-weiß-rote Fahne verbrannt wurde. Der inzwischen verstärkte Zug zog dann zum Klingenberg, wo ebenfalls ein Konzert stattfand. Als es wegen einer schwarz-weiß-roten Fahne, die von dem dortigen Brunnen heruntergeholt werden sollte, zu heftigen Auftritten kam, packten die Musiker ihre Instrumente zusammen. Der blauen Polizei gelang es jedoch bald, Ruhe und Ordnung zu schaffen. — Wenn die Kommunisten auch vielleicht eine Gegendemonstration gegen die nationalistischen Veranstaltungen der Kriegervereine treffen wollten, so können solche Ausschreitungen doch keineswegs gebilligt werden. Man kann mit Recht den Kriegervereinsrummel auf das entschiedenste verurteilen, ein anständiger Mensch darf aber nicht zu Mitteln greifen, die eine Pöbelhaftigkeit darstellen.

Die ausgesperrten Mitglieder des Altonaer Stadttheaters, die heute abend im Gewerkschaftshaus ein Gastspiel des revolutionären Schauspiels „Freiheit" von Herbert Kranz geben, stehen nun im fünften Monat in einem schweren Kampf um ihre Existenz. Trotzdem die Altonaer Stadttheater-Gesellschaft ihre Angestellten schon monatelang unter dem in Hamburg-Altona gültigen Tarif bezahlte, blieb durch die Einsicht der Schauspieler ein ernsthafter Konflikt vermieden, bis am 1. April jedem Schauspieler sein ohnehin kleines Monatseinkommen um weitere 500 Mark gekürzt wurde. Da alle Versuche, die Angelegenheit im Verhandlungswege auszugleichen, an der schroff ablehnenden Haltung der Theatergesellschaft scheiterten, blieb den Mitgliedern in ihrer bedrängten Situation nichts übrig, als zum 9. April die Arbeitsniederlegung anzukündigen. Auf diese Ankündigung erfolgte prompt die sofortige Entlassung des gesamten Personals, das zum Teil fünfzehn und zwanzig Jahre im Betriebe tätig war. Dank der Solidarität der Ausgesperrten kam durch die Unterstützung der Ortskartelle des Afa-Bundes und des A. D. G. B. eine Arbeitsgemeinschaft zustande, die es zum ersten Male Schauspielern ermöglichte, sich in einer solchen Lage monatelang durch eigene Vorstellungen eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. Die Hamburger Arbeiter- und Angestelltenschaft hat vom ersten Tage an durch zahlreichen Besuch der Vorstellungen, die vorwiegend im Hamburger Gewerkschaftshaus stattfanden, den Ausgesperrten die stärkste Solidarität bewiesen. Durch das Verständnis, das die Schauspieler gerade beim Proletariat gefunden haben, wurde der Wunsch in ihnen rege, für die werktätige Bevölkerung in ihren Spielplan in erster Linie Stücke aufzunehmen, deren Tendenz geeignet ist, dem proletarischen Empfinden ganz besonders entgegenzukommen. So wurde bei der Eröffnung der Sommerspielzeit das revolutionäre Schauspiel „Freiheit" mit einer noch nicht dagewesenen Begeisterung des proletarischen Publikums aufgenommen. Es ist zu hoffen, daß auch in Lübeck die werktätige Bevölkerung den kämpfenden Schauspielern ihre Solidarität beweisen wird, um das auch in diesen Kriesen langsam aufsteigende proletarische Klassenbewußtsein zu stärken.

Der Zentralverband deutscher Kanarienzüchter, Sitz Berlin, hielt vom 7.—9. August seine Generalversammlung in Lübeck ab. Am Sonnabend nachmittag waren zirka 50 Vertreter teils mit Damen von Köln, Münster, Remscheid, Magdeburg, Dresden, Berlin, Kiel, Flensburg, Rostock, Wismar, Hamburg und Harburg eingetroffen. Nach kurzer Begrüßung tagte der Vorstand bis 8 Uhr. Zu Ehren der Gäste hielten die beiden Lübecker Vogelvereine einen Kommers in den mit Eichenlaub und Blumen geschmückten Sälen des Lübecker Turnerschaftshauses ab. Nachdem einige Musikvorträge und Lieder von Frau Knapp-Lübeck, Frau Zimmerer-Steinhagen vom Theater Münster, sowie Herr Streblke-Lübeck gehalten waren, wurde der Tanz, der durch eine lustige Vogelpolonaise eingeleitet wurde, bis zum Morgen ausgedehnt. Am Sonntag tagte der Zentralverband bis abends 5 Uhr. Alsdann wurden die Sehenswürdigkeiten der Stadt gezeigt. Am Montag wurde Travemünde und die herrliche Umgebung besucht. Die nächste Generalversammlung findet in Köln statt. Die diesjährige Zentralverbandsausstellung findet in Harburg statt.

Ueber anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem Gesundheitsamt im Monat Juli 56 ärztliche Meldungen erstattet. Es waren 6 Fälle Diphterie, 11 Masern, 10 Scharlach, 26 Typhus, (gestorben 8) und Ruhr 3, ferner gestorben 1 an Wochenbettfieber und 1 an Genickstarre (beide im Juni schon erkrankt).

Der Ehrenabend des Herrn Kapellmeister Robert Sulzenke findet am Dienstag, den 16. ds. Mts., im Kolosseum statt und zwar unter Mitwirkung des Frl. Louise Friedhoff, des beliebten Bassisten Josef Immendorf, des jugendlichen Pianisten Adolf Bastam und des Xylophonisten Friedrich Willmann.

Stadt-Theater. Montag gelangt zum letztenmal zur Aufführung in dieser Spielzeit: „Die Seele schwinget sich ..." Auch weisen wir auf das erste Volkstümliche Konzert am Montag im „Kolosseum" hin. Im Dienstag-Abonnement gelangt „Maskenball" zur Wiederholung.

Hansa-Theater. Heute Montag, große Abschiedsvorstellung der so beliebt gewordenen Artisten und der so phänomenal dressierten Hunde. Auch „La—Di—Fi" (Laß Dich filmen) wird zum letzten Male vorgeführt, so daß jeder der Mitspielenden beim Filmen auf der Bühne nochmals Gelegenheit hat, sich selbst auf der Leinwand sehen zu können. Morgen, Dienstag treten die sechs neuengagierten Spezialitäten auf. Unter anderem die drei Schwestern Fakorz, die unvergleichlichen Trapezkünstlerinnen mit dem sensationellen Sturz aus der Luft. Ferner der Universalkünstler Karl Scherber, der laut Pressestimmen überall mit Silvester Schäfer verglichen wird.

Badewasserwärme Falkenstein. Wasserwärme am 15. August morgens 6 Uhr 17½°, mittags 12 Uhr 17½° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Timmendorfer Strand. Eine nationalistische Heldentat. Genosse Dr. Pardo schildert in einem im „Hamb. Echo" veröffentlichten Brief ein kleines Erlebnis aus Timmendorf, das so recht die Feigheit dieser nationalistischen Helden charakterisiert. Hier ist der Brief:

„Ich verbringe meine Sommerferien mit meiner Familie am Timmendorfer Strand. Meine Kinder haben selbstverständlich ihre „Strandburg" mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne verziert — übrigens die einzige, die von Travemünde bis Haffkrug am Strande geweht hat. — Aus Vorsicht und da wir die Gesinnungsart der tapferen Nationalisten kennen, haben wir die Fahne abends in die Garderobe unseres Hotels gestellt. Dieser Tage brachte mir nun der Hausdiener die Fahne in viele Fetzen zerrissen, wie er sie auf dem Hofe des Hotels gefunden hatte. Als Täter konnte danach nur ein Hotelgast in Frage kommen. Ich habe darauf an sichtbarer Stelle am Hoteleingang folgenden Anschlag gemacht:

„Ein Held hat den Mut gezeigt, die meinen Kindern gehörige deutsche Reichsflagge hinterrücks feige zu zerreißen. Ich fordere diesen Helden auf, sich bei mir zu melden, um die verdiente Züchtigung in Empfang zu nehmen.

Timmendorf, Strand, 9. 8. 21.

Dr. Herbert Pardo, Zimmer 33."

Selbstverständlich hat sich niemand darauf gemeldet, obgleich sämtliche Hotelgäste den Anschlag gelesen haben müssen, mit so bei der tapferen nationalistischen Gesinnungsart nicht anders zu erwarten war. Im übrigen hat mich selbstverständlich dieser Vorfall in meiner Erholung nicht beeinträchtigt."

Wenn man die nationalistischen Helden stellen will, dann kneifen sie; nur dort, wo sie sich mit ihren Gesinnungsfreunden in der Mehrzahl wissen, gehen sie zum tätlichen Angriff über.

Hamburg. Schwarz-weiß-rote Helden. Das „Hamb. Echo" veröffentlicht aus seiner Sammelmappe einige anregende Drohbriefe, die nationalistische Helden an einige Einwohner Hamburgs gerichtet haben und die wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten. Sie lauten:

Mit großem Erstaunen sehen wir das Sie es wagen das Bild des Hansaplatzes durch Ihre „Schwarz-rot-goldene" Fahne zu verunzieren. Wir fordern Sie hiermit auf die Fahne „Schwarz-rot-gold" innerhalb 30 Min. runterzuholen andernfalls wir gezwungen sind dagegen einzuschreiten alle Konsequenzen die Ihnen und Ihrer Familie dadurch zustoßen, haben Sie sich selber zuzuschreiben!

Ein starker Bund vom alten Schlag.

Der Empfänger war nun nicht gerade ängstlich, war bereit, die Konsequenzen auf sich zu nehmen und ließ die Fahne lustig weiter wehen. Wer nicht kam, war der starke Bund von alten Schlag. Es hätte sonst auch Schläge geben können!

Aber nicht nur derartige Schreiben, sondern auch Verse kündigen vom Mut dieser Teutschen. Hier ist so ein Erzeugnis:

An den Revolutionshelden der ... allee 38 III.

Sie sind der einzige in der Stadt,
Der diesen „schwarz-rot-messingenen Lappen" bummeln hat.
Es werden auch mal andere Zeiten kommen,
Und Sie einstweilen in Vormerkung genommen.

Ein Deutsch-Nationaler Bürger!

So, da haben wir's! Es werden auch mal andere Zeiten kommen! Ja, und dann wird das jetzige Auftreten der „deutschnationalen Bürger" schon dafür sorgen, daß mit ihnen nicht wieder so glimpflich verfahren wird wie im November 1918. Der Krug geht solange zum Wasser, bis er bricht, und die schwarz-weiß-roten Helden schreien so lange, bis ihnen der Mund gestopft wird. Das wissen sie, und deshalb zeigen sie ihren Mut auch nur anonym. — Helden!

Kiel. Ein deutscher Segler gesunken. Im Holtenauer Binnenhafen ist der schwedische Dampfer „Fram", dessen Rudermaschine versagte, mit einem stilliegenden Seglerschleppzug zusammengestoßen. Die mit Gerste für Hamburg bestimmte „Albatros" wurde von dem Dampfer so unglücklich getroffen, daß sie sofort sank. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Rostock. Folgenden Aufruf an die mecklenburgische Landarbeiterschaft erläßt die Landeskommission der Gewerkschaften, der Allgemeine freie Angestelltenbund und die Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes: „Gewerkschaftsgenossen! Von einer sogenannten „Streikleitung" werden die Ortsgruppen des Landarbeiter-Verbandes sowie die Gauleitung desselben, die Landeskommission der Gewerkschaften und die des Afabundes (Angestellte), des Landesvorstandes der S. P. D., Bezirk Mecklenburg, die Parteileitung der V. K. P. D. und das Ministerium zu einer Konferenz nach Güstrow eingeladen. Ganz abgesehen davon, daß es das Recht der beteiligten Organisationen bleiben muß, die Einberufung von Konferenzen in die Wege zu leiten, soll in diesem Fall offensichtlich wiederum die Landarbeiterschaft vor den Karren einer bestimmten politischen Partei gespannt werden. Die unterzeichneten Organisationen erklären, daß sie es ablehnen müssen, an derartigen wilden Konferenzen teilzunehmen. Gewerkschaftsgenossen! Landarbeiter! Laßt Euch nicht mißbrauchen! Was hier von einzelnen Landarbeitern unter kommunistischer Führung unternommen wird, führt zur Zerschlagung Eurer Organisation und gereicht letzten Endes nur zum Vorteil des Unternehmertums. Wir warnen Euch deshalb, Euch an dieser Konferenz zu beteiligen!

Bremen. Streik der Bremer Staatsarbeiter. Der seit Sonnabend morgen ausgebrochene Streik der Bremer Staatsarbeiter hat seine Ursache in Lohndifferenzen. Ueber die seitens der Arbeiter geforderten Lohnerhöhung hat die hiesige Bezirksschiedsstelle als Prüfungsinstanz eine Entscheidung getroffen, die den Schiedsspruch der örtlichen Schiedsstelle vollinhaltlich bestätigt. Während der Senat diese annahm, wurde dieselbe von den Arbeitern abgelehnt und die Einstellung der Arbeit am Sonnabend morgen beschlossen. Durch den Streik ist die Bevölkerung Bremens erklärlicherweise mehr oder weniger starken Störungen ausgesetzt. Vor allem durch die Einschränkung auf dem Gas- und Elektrizitätswerk, das bis auf weiteres nur zur Abgabe geringer Strommengen in der Lage ist. Infolgedessen mußte auch der Straßenbahnbetrieb eingestellt werden und ebenso müssen die Theater und Lichtspielhäuser usw. geschlossen bleiben. Inzwischen wurde die Technische Nothilfe auf dem Gas- und Elektrizitätswerk eingesetzt. Bei dem Wasserwerk haben die Beamten den Dienst der Arbeiter übernommen. Infolge des Streiks war auch die A.-G. Weser infolge Strommangels gezwungen, die Werft zuschließen. Gleichzeitig hiermit war eine Streitfrage zwischen der Werftleitung und den Arbeitern wegen der Entlassung von drei Betriebsratsmitgliedern wegen Hausfriedensbruchs entstanden. Da die Werftleitung an der Entlassung der Betriebsratsmitglieder festhält, hatten die Arbeiter die Arbeit bis Sonnabend mittag nicht wieder aufgenommen. Die Werftleitung beabsichtigt, am Montag die Arbeit mit eigenem Strom in zwei Schichten fortzusetzen, doch steht in Frage, ob die Arbeiter infolge des vorerwähnten Streitfalles die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Bremen. Gegen die Verteuerung. Die hiesigen sozialistischen Parteien hatten im Verein mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer öffentlichen Massenkundgebung gegen den Brotwucher aufgerufen. Derselben wohnten schätzungsweise zirka 10 000 bis 12 000 Personen bei. Die Riesenkundgebung verlief ruhig und ohne Störung.

Gewerkschaften.

Reichskonferenz der Angestellten deutscher Seeschiffswerften.

Nachdem am 7. August 1921 die dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angeschlossenen Organisationen, Deutscher Werkmeisterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten und Zentralverband der Angestellten, gesonderte Reichskonferenzen abgehalten haben, fand am Montag, dem 8. August, im Gewerkschaftshaus zu Hamburg eine vom Ortskartell Hamburg des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) einberufene, gemeinsame Reichskonferenz der freigewerkschaftlich organisierten Werftangestellten statt.

Nach einer eingehenden Aussprache über den Reedereiabfindungsvertrag und die augenblicklich bestehenden kritischen Verhältnisse auf den deutschen Werften wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 7. und 8. August 1921 in Hamburg tagende Vertreterkonferenz der Werftangestellten aller Werftorte Deutschlands der Organisationen Deutscher Werkmeisterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten und Zentralverband der Angestellten hält es für ihre Pflicht, die Reichsregierung auf die zurzeit bestehenden kritischen Verhältnisse auf den deutschen Werften hinzuweisen. Die Konferenz erwartet von der Regierung, daß diese alles daran setzen wird, die drohende Katastrophe, welche durch die großen Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten ohne Zweifel heraufbeschworen wird, zu verhüten. Als Maßnahmen, welche hierzu angetan wären, betrachtet die Konferenz in erster Linie eine Verkürzung des Bauprogramms zum Wiederaufbau der Handelsflotte von 5 auf 3 Jahre. Ferner die größte Einwirkung der Reichsregierung auf die Schiffbau-Treuhand-Bank und deren Bauausschuß, daß die Verteilung der Aufträge und der Bausummen in Einklang mit den Verhältnissen, wie sie in den einzelnen Werftorten bestehen, gebraucht wird. Den Reedereien ist vor Erlaubniserteilung zu Auslandsrückkäufen die Verpflichtung aufzuerlegen, aus eigenen Mitteln die doppelte Tonnenzahl Neubauten in Deutschland in Auftrag zu geben.

Ferner sind die Werftbetriebe anzuhalten und ist ihnen die Möglichkeit zu geben, sich für andere Fabrikationszweige umzustellen. Sollte wider Erwarten auch dadurch noch nicht die Möglichkeit gegeben sein, die jetzt vorhandenen Arbeiter und Angestellten der Werften voll zu beschäftigen, so erachtet die Konferenz es als Pflicht der Regierung, durch planmäßige Aufnahme von Bauten zur Hebung der Wohnungsnot, durch großzügige Inangriffnahme weiterer Projekte (Verkehrswege usw.) notwendige Arbeitsgelegenheiten zu schaffen."

Die anwesenden Vertreter der Werftangestellten waren durchdrungen von dem Bewußtsein, daß **engstes Zusammenarbeiten zwischen den freigewerkschaftlich organisierten Werftangestellten und Werftarbeitern** erforderlich ist, damit bei der Wahrnehmung der gewerkschaftlichen und der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen auch die Kenntnisse der Angestellten verwendet werden können. Sie beauftragten durch die einmütige Annahme einer Entschließung das Ortskartell Hamburg des Afa-Bundes, für die Aufnahme engster Fühlung zwischen den Ortsfachgruppen und den Reichsfachausschüssen der Afa- und der A. D. G. B.-Verbände und den Werftkommissionen geeignete Schritte in die Wege zu leiten.

Die Streikwelle in der Landarbeiterbewegung.

Dem „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst" entnehmen wir folgende Ausführungen:

In einigen Teilen Deutschlands regt es sich in den letzten Wochen unter den Landarbeitern bedenklich. Der Drang, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen, ist stark und begreiflich. Er führte teilweise zu partiellen Streiks, die allerdings nicht von langer Dauer waren. Die Zeit der Ernte ist ein verhältnismäßig günstiger Zeitpunkt, gesehen vom Standpunkt des Landarbeiters, um Lohnforderungen mit Aussicht auf Erfolg geltend zu machen. Hinzu kommt das Bewußtsein, daß die Grundbesitzer durch die Steigerung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte Einnahmen erzielen und finanziell in der Lage sind, die Forderungen der Arbeiter bewilligen zu können. Es ist nicht zu leugnen, daß die Landarbeiter in verschiedenen Gauen Deutschlands von einer Stimmung erfaßt sind, die leicht zum Nährboden für lokale Streiks werden kann, zumal, wenn die Stimmung für dunkle politische Zwecke in unverantwortlicher Weise ausgenutzt wird. Den Schaden haben die Landarbeiter und ihre Organisationen. Den Nutzen bei Lohnbewegungen, die vor vornherein zum Tode verurteilt sind, haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzig und allein die Besitzer. Noch fehlen wichtige Voraussetzungen für eine erheblich bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem Maße, die Arbeiter zu befriedigen.

Die kommunistischen Phraseure, die die Landarbeiter zur Erreichung ihrer politischen Zwecke vor ihren Wagen spannen und in einen Streik hineinjagen wollen, tun das nicht, um den Landarbeiter zu nützen und der Bewegung zu dienen. Für die kommunistischen Maulhelden kommt nur das Parteiinteresse und die Spaltung der Arbeiterschaft in Betracht. Die Kommunisten und die Grundbesitzer arbeiten sich Hand-in-Hand. Um Anhang in der Landwirtschaft zu gewinnen, versuchen die Kommunisten der Masse klarzumachen, daß nur die Führer der Organisation es sind, die die Wirtschaftskämpfe abwürgen. Systematisch wird das Vertrauen gegen die Führer untergraben. An die niedrigsten Instinkte wird appelliert. Die Leidenschaften werden aufgepeitscht. Blinde und haßerfüllte Leidenschaften sind in wirtschaftlichen Kämpfen nicht die Faktoren, die den Sieg gewährleisten. Ruhige Ueberlegung, Abwägung und Abmessung der Kräfteverhältnisse der Parteien, das richtige Einsetzen der Kräfte zur rechten Zeit und an der richtigen Stelle, das sind die Voraussetzungen der Erfolge, die nicht mit Lohnkämpfen verbunden sein müssen. Kämpfe erfordern Opfer. Es muß erwogen werden, ob die Opfer gebracht werden müssen oder ob die erspart werden können. Die organisierten Landarbeiter und vor allen Dingen diejenigen, die genügend Verantwortungsgefühl besitzen, sollten sich darüber klar sein, daß Wirtschaftskämpfe Machtfragen sind. Bei Einleitung einer jeden Bewegung muß unter allen Umständen die Verteilung der Macht reiflich geprüft werden. Fehlt sie auf der Seite der Arbeiter oder ist sie nicht ausreichend, dann muß sie durch lebhafte Agitation gemehrt werden, dann sind an vielen Stellen Kämpfe in Form von Streiks erforderlich. Sind die Arbeiter stark genug organisiert, dann wird stets am Verhandlungstisch mehr erreicht werden als durch Streiks. Der Streik ist immer das letzte Mittel, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Erkennen die Landarbeiter die Voraussetzungen ihrer Erfolge und handeln sie danach, dann sind sie eine Macht, die von den Unternehmern in der Landwirtschaft respektiert wird und die stark genug ist, sie an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Die Redensart der Kommunisten: die Führer haben die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter abgewürgt, ist ebenso unwahr wie albern. Aber gewissenlos wäre es von einer Gewerkschaftsleitung, wenn sie auf Grund reiflicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung gekommen ist, ein Kampf sei aussichtslos und ihn dann doch beginnen würde. Wenn aber trotz aller Warnungen und Vorstellungen die Landarbeiter in den einzelnen Bezirken in Streiks treten, dann geschieht das auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Organisation muß unter diesen Umständen jede Unterstützung und Mitwirkung ablehnen. Neben der Solidarität ist die Disziplin der machtvollste Faktor in der Arbeiterbewegung, der unter den Landarbeitern nicht immer die Beachtung findet, die er verdient. Die Arbeiter in der Landwirtschaft werden sich noch daran gewöhnen müssen, wenn sie vermeiden wollen, durch Schaden klug zu werden. Das wäre ein Umweg, der nicht beschritten zu werden braucht.

Will die Landarbeiterschaft das Maß von Macht und Einfluß, dessen sie bedarf, um sich und ihre berechtigten Forderungen durchsetzen zu können, dann muß sie vor allen Dingen jede Zersplitterung in ihren eigenen Reihen auf das entschiedenste bekämpfen. Alle dahingehenden Bestrebungen, von wo sie auch kommen mögen, sind entschlossen abzuweisen. Bisher haben die kommunistischen Apostel nur einen Erfolg zu verzeichnen: **Die gewaltige Zersplitterung der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die der Landarbeiter.** Dadurch hat sie bis zu einem gewissen Grade an Macht und Einfluß verloren. Die Tatsache zu erkennen, ist wichtig für die Gesamtheit der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter. Der Deutsche Landarbeiterverband hat es bisher mit Erfolg verstanden, die Bestrebungen der Moskowiter hintenan zu halten. Für die Zukunft wird es ihm erst recht gelingen, wenn die Landarbeiter erkennen, daß die kommunistische Phrase ihnen weder Heil noch Segen bringt, sondern höchstens den Unternehmern, die sich über die Spaltungsbestrebungen der Kommunisten ins Fäustchen lachen.

Die zukünftigen Tarifverhandlungen werden zweifellos ganz andere Ergebnisse im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft zeitigen, wenn die innere und äußere Geschlossenheit und die notwendigen organisatorischen Vorbedingungen gegeben sind. Dahin zu wirken muß die Aufgabe eines jeden Landarbeiters sein, der es mit sich und seinen Kollegen ernst meint.

Streik in der Berliner Holzindustrie. Die Funktionäre der Berliner Holzarbeiter haben Freitag abend mit 1846 gegen 168 Stimmen den Streik von heute ab beschlossen. 2000 Holzarbeiter standen bereits am Freitag im Streik.

Der 9. internationale Metallarbeiter-Kongreß.

Zweiter Tag.

Luzern, 9. August.

fk. Die Verhandlungen leitet der Vertreter der englischen Maschinenbauer Brownlie. In seiner Eröffnungsrede erinnert er daran, daß der heutige Zwiespalt in der Arbeiterbewegung nur die Neuauflage jenes Streites sei, der auf dem Züricher Kongreß im Jahre 1893 ausgetragen wurde. Was damals die Anarchisten gewesen seien, seien heute die Kommunisten. Das Schicksal jener werde das Schicksal dieser bald sein.

Es erstattet nun der internationale Sekretär Ilg Bericht über seine Tätigkeit. Die Hauptaufgabe dieses Kongresses müsse sein, klar zu entscheiden, ob der Weltbund, wie bisher, ein Informationsbureau bleiben, oder ob er eine Kampforganisation, die Internationale der Tat werden solle. Von der Lösung dieser Vorfrage hänge die Entscheidung über Statut, Beitragshöhe usw. ab.

Mit den Organisationen in Spanien, Portugal, Rumänien und Jugoslawien seien wir nun auch in Verbindung gekommen. Den Anschluß der ersten beiden verhinderten aber trübe Zustände im Lande, die beiden andern halten für sich den Anschluß an die Moskauer Internationale für das bessere. Der Anschluß Rußlands ist unmöglich, weil ein Beschluß des Exekutivkomitees bestimmt, wer zur 3. Internationale gehört, unserm Bunde nicht angehören kann. Doch sind die noch außenstehenden Verbände von geringerer Wichtigkeit.

Dißmann (Deutschland) wünscht einen besseren Ausbau des Nachrichtenwesens. Da die Organisationen nicht über den Stand der Dinge ständig informiert werden, können die Unternehmer die ausländischen Arbeiter gegen ihre eigenen ausspielen. Oder ist es möglich, daß in England im Schiffbau Streik ist und dessen Aufträge in einem andern Lande unbewußt ausgeführt werden.

Merrheim (Frankreich) glaubt, vor enger Verquickung der Gewerkschaftsbewegung mit der politischen warnen zu müssen. Je schärfer wir die Linie der wirtschaftlichen Organisation ziehen, desto weniger laufen wir Gefahr, in den Parteistreit hineingezogen zu werden.

Kummer (Deutschland): Obwohl noch die Kriegswunden scharf brennen, ist eine entschiedene Haltung der Arbeiter gegen den Krieg und die Militärrüstung nicht zu bemerken. Die Militärbudgets werden eifrig erhöht, Kriege werden weiter geführt, die Rüstungsarbeiter verfertigen ohne Unterlaß Kriegsschiffe und Munition. So ist ein neuer Weltbrand leicht möglich. Der Ernst der Stunde verlangt rasches Handeln. Der internationale Gedanke muß mehr und tatkräftiger in Reih' und Glied der Metallarbeiter getragen werden. Hierfür ist die gesamte Arbeiterpresse der Welt zu benutzen. Unser Sekretariat muß zum Ausgangspunkt der weltweiten pazifistischen Propaganda gemacht werden. Den russischen Metallarbeitern ist die Tür zu unserm Bund offen zu halten. Man darf das, was uns jetzt Moskauer Funksprüche bringen, nicht als die Ansicht der wirklichen Arbeiter Rußlands nehmen.

Stein (Oesterreich) dankt den ausländischen Kollegen für ihre Hilfe für die österreichischen Kinder, wodurch vielen das Leben gerettet worden ist. Die Oesterreicher sind noch besonders für die Stärkung der Internationale, weil ohne deren Mitarbeit Oesterreich, das nur noch eine Kolonie des Auslandes ist, nicht von der internationalen Schiebergesellschaft befreit werden kann.

Coyle (England): Vor dem Krieg kostete in England die Tonne Schiffsmaterial 5 Pfund, heute 50 Pfund. Dessen ungeachtet behaupten unsere Unternehmer, sie müßten die Löhne abbauen, weil Belgien zu stark konkurriere und in Deutschland länger als in England gearbeitet werde. Wir wissen, diese Behauptungen sind unwahr, aber es fehlt uns doch an bestimmten Daten zur Widerlegung. Aus diesem Grunde schon muß der Austausch von Berichten besser ausgebaut werden.

Aus dem Bericht der Rechnungs- und Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 55 Delegierte anwesend sind, deren Mandate sämtlich anerkannt werden.

Es folgt die Beratung des neuen Bundesstatuts. Hierzu liegt ein Entwurf des Exekutivkomitees vor. Die Abänderungsanträge (der Holländer und Engländer) beziehen sich auf die Beitragshöhe und auf das Recht des Exekutivkomitees, im Notfall Sonderbeiträge in der Höhe eines Stundenlohnes zwecks Unterstützung großer Kämpfe auszuschreiben. Bei dieser Sache steht grundsätzlich zur Entscheidung, ob der Bund fürderhin Informationsbureau oder Kampforganisation sein soll.

Der Entwurf fordert als Jahresbeitrag von jeder Organisation die Abzuchung eines bei ihr geltenden Stundenlohnes für das Tausend Mitglieder, eine Forderung, die Rücksicht auf die Länder mit schlechter Valuta nimmt. Die Engländer fordern dagegen als Jahresbeitrag 15 Schilling für das Tausend Mitglieder, ein Betrag, der als Maßstab das englische Pfund haben und Kursschwankungen nicht unterworfen sein soll.

Die Engländer verteidigen ihren Antrag hartnäckig gegen die Delegationen aller anderen Länder. Nach mehrstündiger Aussprache finden sich die Engländer zu Entgegenkommen bereit, indem sie erklären, folgende Fassung annehmen zu wollen: „Der Jahresbeitrag für das Tausend Mitglieder den Betrag des Arbeitslohnes für acht Stunden . . . . eines jeden Landes, aber nicht mehr als 15 Schilling." Mit dieser Aenderung ist der gesamte Kongreß einverstanden. Bei der statuarischen Bestimmung über das Recht des Exekutivkomitees, Extrabeiträge auszuschreiben, wiederum scharfe Opposition der Engländer. Die Unnachgiebigkeit der anderen Delegationen macht die Engländer etwas geneigt. Es soll versucht werden, eine Verständigung zwischen den verschiedenen Meinungen bis zur nächsten Sitzung zu finden.

Aus aller Welt.

Explosion polnischer Munitionslager. Am 11. August sind in der Nähe des Bahnhofs Czenstochau mehrere polnische Depots mit Artillerie-, Infanterie- und Minenwerfermunition in die Luft geflogen. Der Bahnhof wurde teilweise gänzlich zerstört, ebenso wurden umliegende Häuser stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Eisenbahnverkehr mußte teilweise eingestellt werden. Angeblich sollen vier Munitionszüge explodiert sein. Es ist eine strenge Untersuchung eingeleitet, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt hat. Es wird Brandstiftung seitens kommunistischer Elemente vermutet.

700 000 Mark geraubt. In Beuthen wurde ein Geldtransport auf dem Wege zur Grube „Kardinalsfreude" von zwölf Räuber überfallen, die 700 000 Mark raubten und nach Schomberg flüchteten. Mehrere Räuber wurden einwandfrei erkannt.

Eisenbahnunglück in Oberschlesien. Sonnabend entgleiste auf dem Wege Beuthen—Antonienhütte ein Kleinbahnzug. Ein Fahrgast wurde getötet, dreizehn wurden verletzt.

Ein märkisches Dorf eingeäschert. In dem neumärkischen Dorf Altroetnitz wütet ein gewaltiges Feuer. Es sind etwa 50 Gebäude, darunter 18 Bauernhöfe, dem Brande zum Opfer gefallen. Viel Vieh ist verbrannt; die gesamte Ernte ist vernichtet.

Zusammenstoß mit einem Eisberg. Der Dampfer „Bergensfjord" von der Norwegen-Amerika-Linie, der aus Neuyork in Christiania eintraf, stieß an der Küste von Neufundland mit einem Eisberg zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden einige Schiffsplatten eingedrückt und eine Schraube wurde verbogen. Das Schiff konnte die Reise fortsetzen.

Durchgang der Erde durch einen Kometenschweif. Wie die Königsstuhl-Sternwarte in Heidelberg mitteilt, ist in der Nacht vom 8. zum 9. August die Erde durch den Schweif eines Kometen gegangen. Quer über den sternenklaren Himmel lag eine Anzahl leuchtender Bänder in Form eines Kranzes von West-Nord-West bis Ost-Süd-Ost. Die Bänder bewegten sich langsam in der Richtung nach Nord-Nord-Ost und verblaßten in der Morgendämmerung. Der Kopf des Kometen ist zwischen der Sonne und der Erde südwärts vorbeigezogen.

Ungeheurer Petroleumbrand bei Baku. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Zu den vielen Katastrophen, von denen Rußland jetzt heimgesucht wird, hat sich eine neue gesellt. Aus Moskau wird gemeldet, daß in den Vorstädten Bakus, wo die Petroleumquellen liegen, ein ungeheurer Brand ausgebrochen sei und 18 Quellen bereits in Flammen stehen. Der Brand nimmt noch an Ausdehnung zu, da alle Mittel zu seiner Bekämpfung fehlen. Die Einwohner von Baku und der umliegenden Dörfer fliehen in zahlreichen Scharen aus den von dem Brand bedrohten Gebieten.

„Prominente" Gagen. Der Schauspieler Moissi, der im September in Wien, im November in Kopenhagen, im Dezember in Rumänien und zu Beginn des nächsten Jahres in Amerika gastieren wird, erhält — wie eine Korrespondenz mitteilt — am Wiener Deutschen Volkstheater eine Monatsgage von 100 000 Mk. Der dänische und amerikanische Goldregen dürfte nicht spärlicher fließen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Mißstände bei der paritätischen Heuerstelle.

Der Einsender erlaubt sich, das Arbeitsamt resp. die Allgemeinheit auf die Mißstände, die auf der paritätischen Heuerstelle herrschen, hinzuweisen. Leute, die ständig auf der Werft beschäftigt sind und heute die Arbeit niederlegen, werden morgen angemustert auf Schiffe, auf welche Seeleute, die bereits 3—4 Monate arbeitslos sind, ihre Hoffnung gesetzt. Wozu haben wir ein Demobilmachungsgesetz, welches untersagt, eine Arbeit grundlos niederzulegen, um eine neue wieder aufzunehmen. Warum wird die Heuerstelle nicht vom Arbeitsamt kontrolliert wie in Hamburg und Kiel? Diese Mißstände wären zu beseitigen, wenn die Stempelkontrolle auf dem Heuerbureau vorgenommen würde, und nur solche Leute mustern dürfen, die laut Stempelkarte tatsächlich arbeitslos sind. Da jegliche Beschwerde in dieser Sache bisher unberücksichtigt blieb, sehe ich mich gezwungen, Zuflucht zur Oeffentlichkeit zu nehmen, vielleicht verhilft das Urteil der Allgemeinheit uns Seeleuten zu unserm Recht. Jedenfalls wäre es zu empfehlen, daß die Heuerstelle von seiten des Arbeitsamtes einer schärferen Aufsicht unterstellt wird. F. B.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Halmstadt, Warberg und Gothenburg, etwa drei- bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Halland-Linie „Svanen", „Westkusten", „Najaden", „Malmö" und „Lübeck" für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Tärnan", „Nissan", „Falken" und „Ludwig Kollberg" nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Nissan" am 15. August, Dampfer „Najaden" am 17. August, Dampfer „Svanen" am 19. August. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmakler: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch bezw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stadt Stralsund" ca. 18./19. August. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Gr. Altefähre 6.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm, eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Aktiebolaget „Svea" in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Angermanland" am 19. August nach Kalmar und Stockholm, Dampfer „Gesion" nach Norrköping und Stockholm etwa am 17. August. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Hertha" etwa 12. August, Dampfer „Max Fischer" am 19. August. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altefähre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndenfield-Norske Dampskibselskap" sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Pauline Haubuß" ladebereit am 18. August. Vertreter: Rob. M. Slomann jr., Alfstraße 38.

Skien, Drammen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Jelölinjen" in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora" etwa 27. August. Vertreter für den Frachtverkehr: T. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim event. Haugesund, Aalesund, Christianssand-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „National" am 18. August. Vertreter: Lloyds-Transport-Compagnie Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors jeden Sonnabend nachmittag 2 Uhr mit Dampfern der „Finska Angfartygs-Aktiebolaget" in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Poseidon" am 20. August, Anmeldung von Passagieren bei Piehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Beckergrube 89.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Bürgermeister Eschenburg am 17. August.

Nach Raumo, Mäntyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Frey" am 20. August. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 13.

Helsingfors. Linie Viktor Ek. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Askania" am 17. August.

Abo. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Askania" am 17. August. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Angfartygs-Aktiebolaget, „Bore" in Abo. Nächste Expedition: Dampfer „Halland" am 20. August. Personen- und Frachtverkehr: Piehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Beckergrube 89.

Abo und Helsingfors. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda" am 20. August. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelsgrube 50.

V. Nach Lettland und Esthland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rußland" ca. 20. August. Vertreter: H. H. Bertling, Gr. Altefähre 23.

Libau und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rußland" 20. August. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altefähre 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Fehmarn". Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Taht & Severin, Schüsselbuden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Ropen-Linie", bei Bedarf Extradampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Beckergrube 52.

Königsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

*

Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburg-Lübecker Eilschiffahrtsgesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. H. Bertling, Gr. Altefähre 23.

Nach Lauenburg a. E. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck—Hamburg mit Motorschuten.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angelaufen. In Hamburg Anschluß an den täglichen Eildampferverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Steder, Gr. Altefähre 16.

Bekanntmachung!

Durch die allgemeine Marktlage war es bis vor kurzen Monaten nicht möglich, Waren zu annehmbaren Preisen in wirklicher Friedensqualität herzustellen. Seit Anfang dieses Jahres hat sich der Markt jedoch so verbilligt, daß es uns möglich ist, unser vor dem Kriege bestbekanntes und altbewährtes Schuhpulzmittel

LAVALIN

wieder in der guten alten Qualität herauszubringen. Unser Lavalin ist nicht zu verwechseln mit den sogenannten Edelwachswaren, denn Lavalin ist nur aus garantiert reinem Terpentinöl hergestellt mit dem besten Carnaubawachs, genau wie vor dem Weltkriege.

LAVALIN wird nur in dieser einen Qualität hergestellt.

Wir haben mit der Anpreisung unseres Lavalin solange gewartet, bis wir imstande waren, dem Käufer wirklich das zu liefern, was er erwartet.

Versuchen Sie es. LAVALIN ist die Friedensware! Ueberall zu haben.

Hersteller: **Gebr. Meyer,** Chemische Fabriken, Hannover-Ricklingen. (5262

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck, Moltkestr. 1.**

Handarbeiten-Wettbewerb Holstenhaus

Die Einlieferung der alten Stickereien wird erbeten am Sonnabend, dem 20. August, von 9—1 Uhr und 4—7 Uhr in der Bibliothek des Museums St. Annenstraße 17. Alle Lübecker, die im Besitz wertvoller alter Handarbeiten sind, werden um Beteiligung an dieser Ausstellung sehr herzlich gebeten.

Die neuzeitlichen Handarbeiten für den Wettbewerb sind vom 15.—20. August im Haus der Turnerschaft, An der Mauer 55a, einzuliefern.

Alle Mitglieder unserer Ortsgruppe, die bereit sind, bei der Aufsicht in der Ausstellung und in der Teestube zu helfen, werden gebeten, sich am Dienstag, dem 16. August, in der Beratungsstelle, Königstraße 19, von 11—2 Uhr zu melden und sich dort möglichst gleich in die ausliegende Zeitliste einzutragen. Auf tatkräftige Hilfe rechnet

Der Vorstand der Ortsgruppe Lübeck des Verbandes für Deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur.

Bekanntmachung.

Die Possehlstraße wird auf der Strecke von der Bahnhofstraße bis zur Dankwartsbrücke für den freien Verkehr bis auf weiteres an den Wochentagen während der Marktzeit von 6 bis 9 Uhr vormittags gesperrt.

Lübeck, den 12. August 1921. (5245

Das Polizeiamt.

Sozialdemokr. Verein.

Am 11. August starb unser Genosse (5242

Heinr. Hellmann.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Dienstag, den 16. August, nachm. 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltg. Lübeck.

Nachruf.

Am Donnerstag, d. 11. resp. Freitag, dem 12. dss. Mts., starben unsere treuen, langjährigen Kollegen, die Hafenarbeiter (5263

Heinr. Hellmann,
Heinr. Hartz.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung des Kollegen **Hellmann** findet am Dienstag, dem 16. d. Mts., nachm. 1¾ Uhr, die des Kollegen **Hartz** am Mittwoch, dem 17. d. Mts., nachmittags 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Sammelpunkt der Kollegen daselbst 1½ Uhr

Die Ortsverwaltung.

S. f. m. 16j. Tochter z. 1. Sept. 1 Tagstelle. (5264 **Beckhof**, Lg. Lohberg 35, Hf.

Alleinstehender Mann sucht sofort Haushälterin.

Zu melden Vorwerk, Bogenstr. 5 I. nach 4 Uhr. (5256

Ein D.-Kostüm zu verk. 5243) Wickedestr. 28 II, l.

Fahrrad gut u. bill. Zietz, Stockelsdorf, Lohstr. 3 d.

Verl. zw. Hubertus und Flugpl. e. Art. Bitte abz. 5250) Elisabethstr. 36, Hth.

Der Beleidigung gegen Frau **Krechel** nehme ich zurück. (5260

Fritz Schmidt.

Dr. Heddinga

5247) **zurückgekehrt.**

Fahrradmäntel

Marke Excelsior, 5265
Extra Prima
und andere bewährte
Fabrikate statt Mk. 90.—
jetzt Mk. 80.—.

L. Schöning, Westhoffstraße 57.

Maisschrot
Gerstenschrot
Schweinemastfutter
Hühnerfutter

in anerkannt guter Qualität

Dampfmühle (5248

Carl Moll,

Alsheide 12/14. Telef. 324.

Antiquitäten 5202

Zinn, Fayencen, Oelgemälde, Stiche, Figur. i. Holz u. Met. kauft J. R. Schönherr, Hüxstr. 118.

Pa. Waldhufener Maschinentorf

ab Moor und frei Haus zu verkaufen. (5261

Wasserbauamt II.

Fernspr. 9015 und 9016.

Achtung, Bauarbeiter!

Achtet auf die Bekanntgabe (4948

der Rasierstuben, die bewilligt haben und der liegenden Rasierstuben.

Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, den Friseuren und Friseusen in ihrem Kampfe um ihr Dasein zu unterstützen. **Der Vorstand.**

Leder-Sohlen

im Ausschnitt

billig

50 Hüxstraße 50

(a4818

Bitte, sofort bestellen!

Der Wahre Jacob

Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.

Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Briefträgern

---

NEU! NEU!

Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von **Wilhelm Keil.**
Preis Mk. 2.50.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Durch Zufall (5254

kl. Posten ger. Mettwurst

(m. kl. Fehler)

sowie Bratenschmalz **billig**

Dienstag vormittag von 8—10 Uhr abzugeben.

Norddeutsche Fleischwarenfabrik
Dobbertin & Co., Lübeck,
Brockesstr. 3. **Brockesstr. 3.**

Für Geburtstags- und Verlobungs-Geschenke eignen sich unsere in verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefkarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Batikpapier-Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Neueste Ausgabe!

Kommentar zum Betriebsrätegesetz.

Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.

Von **Dr. Georg Flatow.**
Preis Mk. 12.50.

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Programm-Entwurf

der S.P.D.

Ein Kommentar.

Preis Mk. 6.—

Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Deutscher
Holzarbeiter-Verbd.
Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 16. August abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus,

Tagesordnung:

1. Der Landestarifvertrag für den Gau 4, Norden.
2. Abrechnung vom Streik.
3. Verschiedenes. (5255

Die Ortsverwaltung.

„Ich litt seit 8 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem

Juckjucken

Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Poltz.-Serg." Dazu Zuckoob-Creme (nichtfettend u. fetthaltig). In all. Apothek., Drogerien u. Parfümerien. (5250

Markthallenstand 48-49.

Frische Nordseefische, pr. Seelachs, Schellfisch, Schollen, Fischkarbonade, Seeaal. (5273

B. Eggers.

Hausstandslumpen,

Papier, Knochen usw.

kauft zu den höchsten Tagespreisen (5249

Cohn,

Fackenburg. Allee 53, Keller.

Die **Abtreibung der Leibesfrucht**
von Univ.-Professoren
A. Grotjahn u. G. Radbruch
Wichtig
für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis M. 2,—

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.